

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboabonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerichter monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierjährig. M. 2,75, unter Freigabeband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insetrate werden die eingepackten Zeitzeile mit 90 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinzelzeitungen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 227.

Dresden, Dienstag den 30. September 1913.

24. Jahrg.

Genosse Wilhelm Gewehr ist vergangene Nacht einem langjährigen Leid erlegen.

Aus mehreren Orten Deutschlands werden Feuersbrünste entzündet, denen eine große Anzahl Häuser zum Opfer gesunken sind.

Die Desertionen serbischer Soldaten über die österreichische Grenze nehmen zu.

Die albanischen Aufständischen sind in Thessaloniki eingesetzt.

Bei einem Eisenbahnmagazin in der Nähe von Sofia (Bulgarien) wurden 40 Personen getötet.

Volksvermögen und Arbeitslosenversicherung.

Vor einigen Tagen ging durch die Blätter eine neue Aufforderung, die der Direktor der Deutschen Bank, Dr. Karl Schleifer, über den gegenwärtigen Stand des deutschen Volksvermögens und Volksvermögens angekündigt hat. Es gehört ja zu den alten Prinzipien volkswirtschaftlicher Betrachtung, von der Gesamtheit der in einem Lande vorhandenen Einkommen und Vermögen als vom Volk einzunehmen und Volksvermögen zu sprechen, wie wenn das Volk als Ganzes Gesamteigentümer aller dieser Werte wäre, und damit gewissermaßen den Sozialismus vorwegzunehmen, zwar nicht durch die Tat, aber durch die Art, sich auszudrücken.

Wir haben aus den Berechnungen des Herrn Dr. Helfferich ersehen, daß wir ungeheuer reich sind. Das deutsche Volk hat im Jahre 1900 300 Milliarden Mark. 7 Milliarden, beinhaltet ein Sechstel des ganzen Volksvermögens, nimmt keinen Weg durch die öffentlichen Ressourcen und wird für allgemeine Zwecke aufgewendet, etwa 25 Milliarden dienen dem privaten Verbrauch, 8 bis 10 Milliarden der kapitalistischen Akkumulation.

Das sind beeindruckende Zahlen. Und wenn auch die Schriftsteller mit Recht hervorheben, daß sie auf ziemlich optimistischen Berechnungen beruhen dürfen — zumal sie zum Zweck des konservativen Regierungsbürokratisches gleichsam als Paradespolizier eingesetzt worden sind —, so geben sie doch eine im allgemeinen zutreffende Vorstellung von der gewaltigen Summe der Werte, die Jahrtausend, Jahrtausend in Deutschland durch geistige und körperliche Arbeit geschaffen werden, ein imponierendes Bild wirtschaftlicher Gesamtistung. Deutschland darf sich heute auf der Lücktigkeit und Intelligenz seiner Arbeiter (worin natürlich wieder die geistigen Arbeiter mit eingeschlossen sind) in den reichen Ländern der Welt fühlen.

Es soll hier nicht von den allgemeinen Folgerungen gehen werden, die sich daraus für den Sozialisten ergeben. Aber wenn der Sozialismus will, daß der vorhandene Reichsstaat allen zugute kommt und daß das sogenannte Volksvermögen zum wirklichen Vermögen des Volkes umgedeutet werde, so werden sich auf der anderen Seite auch die Gegner der wenigsten Konsequenzen nicht entziehen können, die sich in den Kämpfen einer herbeiführenden Aenderung der Arbeitslosenversicherung ergeben. Nicht darum handelt es sich im ungebildeten Kreis, jene grundstürzende Aenderung der allgemeinen Wirtschaftsordnung herbeizuführen, die einmal kommen muss und kommen wird, sondern es handelt sich eindeutig nur darum, von dem ungeheuren Strom des Reichstaats zu viel abzuweichen, wie gerade nötig ist, um unsere Arbeiterinnen mit ihren Familien nicht verhungern zu lassen.

Das Verhältnis zu den Kämpfern Helfferichs erscheinen die Kosten einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung, so hoch man sie auch berechnen mag, minimal. Nehmen wir den unwahrscheinlichsten Fall, durch einen vorhergehenden Streik würden zwei Millionen Arbeiter außer Arbeit gelegt, ihre Arbeitsleistung dauerte ein volles Jahr und zu Unterstützungszielen wurde, pro Kopf und Tag durchschnittlich 1 M. aufgewendet, so ergäbe das eine Gesamtkasse von etwas mehr als 700 Millionen Mark. Das heißt, ungefähr ein Sechstel des normalen jährlichen Volksvermögens müßte zum Zweck der Arbeitslosenunterstützung aufgewendet werden, die öffentlichen Arbeiterinnen würden gegen den Normalstand einen Aufschlag von 10 Proz. erfahren, statt ungefähr ein Sechstel des gesamten Einkommens würde etwa ein Sechstel zu öffentlichen Zwecken verwendet werden. Und dabei würde es sich natürlich nicht um eine dauernde Belastung von solcher Höhe handeln, sondern um eine in der Hauptfläche einmalige Ausgabe, die einer ganz besonderen Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse gebunden ist.

Ein Finanzminister mag freilich nur mit Zittern an eine so große Summe denken, und in der Tat ist auch die Annahme, es könnten zwei Millionen Arbeiter ein ganzes Jahr lang ohne Erwerb sein, ziemlich phantastisch. Und doch, trügt dieser außerordentliche Fall ein, wer kann bestreiten, daß auch dann unter freiem Himmel die nötigen Mittel vorhanden wären, um den überlebensnotwendigen Elend vorzubürgern? Ja, man darf annehmen, daß dann die Frage der Arbeitslosenversicherung rascher und leichter gelöst werden würde als unter den gegenwärtigen Umständen. Man kann einige Zehntausend Arbeiter

in ihren Wohnungen und Mansarden ruhig verkommen lassen. Bei einigen Hunderttausend würde es schon schwerer. Wächst aber die Zahl in die Millionen, dann muß Brot gesucht werden um jeden Preis, denn dann wird die Unterstützung der Arbeitslosen für die Gesellschaft selbst zur Existenzfrage.

Betrachtet man die Frage der Arbeitslosenunterstützung aber nicht bis in ihre letzten möglichen Konsequenzen, sondern praktisch und nüchtern nach ihrem gegenwärtigen Stande, dann wird man erst recht finden, daß die Bedungsfrage nichts Beunruhigendes an sich hat.

Zwar würde es der sozialen Gerechtigkeit nur entsprechen, wenn die Kosten von den bestehenden Klassen getragen würden, so daß von den 8 bis 10 Milliarden jährlicher Kapitalakkumulation ein kleiner Bruchteil anstatt in toten in lebendigen Arbeitswerkzeugen angelegt würde — doch sind die Arbeiter realpolitisch genug, den Bestehenden unter den gegebenen Umständen solche Opfer nicht zuzumuten. Sie wollen die Kosten der Unterstützung zum großen Teil selber tragen, wie sie das ja schon bisher durch ihre Gewerkschaften getan haben. Sie verlangen von der öffentlichen Gewalt nichts als eine allgemeine Organisation um die Gewährung gewisser Zuflüsse, die aus den öffentlichen Ressourcen zu zahlen und nach den allgemein maßgebenden Grundzügen der Steuerlegung aufzubringen sind.

Im Verhältnis zu den gegebenen Möglichkeiten erscheint die Forderung der Arbeiter außerordentlich bescheiden. Es ist wirklich keine Kriegeleitung, die hier der Gehegebung zugetraut, und keine übermäßige Belastung, die der Befreiungskampf auferlegt wird. Ueberhaupt, wie kann man hier von einer Belastung sprechen, da die Erhaltung der vorhandenen Arbeitskräfte im Zustande der Arbeitsfähigkeit doch der rationellen volkswirtschaftlichen Zweck ist, der sich überhaupt denken läßt?

Rin mögen vielleicht auch die Gegner der Arbeitslosenversicherung auseinander, daß die Schwierigkeiten weniger auf finanziellem als auf organisatorischem Gebiete zu suchen sind. Diese Schwierigkeiten müssen sich aber überwinden lassen, und sie werden, wie schon gesagt, desto sicherer überwunden werden, je eher die Gesellschaft in der Annahme der Arbeitslosenversicherung eine Gefafe für ihre eigene Existenz erfindet. Auf keinen Fall wird man uns aber mehr mit dem Einwand kommen können, daß die Arbeitslosenversicherung unmöglich sei, weil das Geld dazu fehlt. Wo Geld zu finden ist, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gesagt, als sie das Reich auf den Weg der Sozialbesteuerung drängte. Und wenn es einmal gelten sollte, zum Zwecke der sozialen Fürsorge auf diesem Wege weiter zu treten, so wird man die Sozialdemokratie zu freudiger "positiver Mitarbeit" bereit finden.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912.

II.

Einfluß von dem umfangreichen Bergarbeiterstreik, den wir bereits im vorigen Abschnitt erwähnten, bietet die Entscheidung gebrachten wirtschaftlichen Kämpfe ein von den Vorjahren erheblich abweichendes Bild. In welcher starker Weise der Bergarbeiterstreik auf das Rahmenergebnis der Statistik einwirkt, geht schon aus der ersten Tafel hervor, daß von allen Personen, die 1912 an den Arbeitskämpfen beteiligt waren, fast die Hälfte allein auf den Bergarbeiterstreik entfällt. Da dieser umfangreiche Kampf in der Statistik nur mit 4 Streitfällen verzeichnet ist, so ergibt sich für 1912 gegenüber dem Jahre 1911 eine geringere Zahl an Arbeitskämpfen und eine beträchtlich höhere Zahl von Personen, die an diesen Kämpfen beteiligt waren. Es betrug 1912 die Zahl der Arbeitskämpfe 2825 (1911: 2914) und die Zahl der daran beteiligten Personen 479 589 (1911: 825 253). Es haben demnach gegen das Vorjahr 1911 93 Kämpfe weniger stattgefunden, indes die Zahl der Beteiligten um 354 396 gestiegen ist. Rechnet man von der Gesamtzahl der Personen die 237 732 Beteiligten des Bergarbeiterverbands ab, so wäre entsprechend der vermindernden Zahl der Kämpfe eine geringere Zahl von Beteiligten zu verzeichnen. Unter den 479 589 Beteiligten des Jahres befanden sich 27 557 weibliche Personen (1911: 51 030).

Der Rückgang an Kämpfen erstreckt sich nur auf die Streiks. Aussperrungen sind dagegen in vermehrter Zahl vorgekommen worden. Es wurden geführt 1543 Angriffstreiks (1911: 1705) und 926 Abwehrstreiks (1911: 1002); Aussperrungen erfolgten 356 (1911: 207). Von den Personen, die 1912 im Kampfe standen, kommen 363 000 (1911: 160 657) auf die Angriff- und 45 400 (1911: 42 239) auf die Abwehrstreiks. Von den Aussperrungen wurden 82 099 (1911: 118 357) Personen betroffen. Gegenüber dem Jahre 1911 wurden 262 Angriff- und 76 Abwehrstreiks weniger geführt, während die Zahl der Aussperrungen um 149 stieg. Diese Tatsache scheint dafür zu sprechen, daß bei dem Unternehmen im Jahre 1912 eine stärkere Angriffslust vorhanden war, während sich die Arbeiterschaft in ihren Kämpfen zurückhaltender verhielt; Symptome, die mit der unsicheren wirtschaftlichen Lage, der größeren Arbeitslosigkeit und dem

stärkeren Andrang von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt in Einklang zu stehen scheinen. Allerdings wird die Annahme einer stärkeren Angriffslust der Unternehmer wieder eingeschränkt durch die um 31 268 gesunkene Zahl der Ausgesperrten, danach waren die Aussperrungen nicht so umfangreich als im Vorjahr. Auch die Zahl der an den Abwehrstreiks Beteiligten ist um 3161 geringer, was der geringeren Zahl dieser Kämpfe entspricht. Die um 183 348 gestiegene Riffer der Beteiligten bei den Angriffstreiks läuft auf den schon erwähnten Gründen allgemeine Schlussfolgerungen nicht zu.

Der prozentuale Anteil der Angriffstreiks an den Gesamtkämpfen ist seit dem Vorjahr von 58,5 auf 54,6 Proz. und bei den Abwehrstreiks von 34,4 auf 32,8 Proz. zurückgegangen. Der prozentuale Anteil der Aussperrungen ist dagegen von 7,1 auf 12,6 Proz. gestiegen.

Der Ausgang der gesamten Kämpfe war im Jahre 1912 etwas weniger günstig als 1911. Es endeten 1721 = 61,7 Proz. (1911: 65,3 Proz.) erfolgreich, 458 = 16,4 Proz. (1911: 15,3 Proz.) teilweise erfolgreich und 538 = 18,3 Proz. (1911: 19,0 Proz.) erfolglos. Von 63 Kämpfen mit 5739 Beteiligten blieb der Ausgang unbekannt und 45 mit 3982 Beteiligten waren am Jahresende nicht beendet. Auf je 100 Kämpfe entfallen 1912 8,6 erfolgreich beendete weniger. Der Prozentsatz der teilweise erfolgreichen Kämpfe ist dagegen nur gering gestiegen und die erfolglosen Kämpfe nehmen fast den gleichen Stand wie 1911 ein. Aufgrund des erfolglos verlaufenen Bergarbeiterstreiks sind die prozentualen Erfolgsriffer der Beteiligten erheblich ungünstiger als im Vorjahr, was sich in ganz besonderer Weise bei den Angriffstreiks bemerkbar macht. Bei einem Vergleich dieser Riffer mit denen der Vorjahre lassen sich deshalb allgemeine Schlussfolgerungen daraus nicht ziehen. Es hatten von den Beteiligten vollen Erfolg 134 785 = 28,4 Proz. (1911: 38,8 Proz.), teilweise Erfolg 60 091 = 12,6 Proz. (1911: 39,9 Proz.) und keinen Erfolg 274 279 = 57,8 Proz. (1911: 19,9 Proz.).

Von den an den Kämpfen 1912 insgesamt beteiligten Personen waren 303 115, darunter 20 851 weibliche, in die Streiklisten eingetragen. Daraus gehörten beim Beginn des Kampfes 245 663 männliche und 18 618 weibliche Personen der Organisation an. Von diesen organisierten Personen waren 188 852 männliche und 9918 weibliche schon 6 Monate vor Beginn des Kampfes Mitglieder ihres Verbandes. Verheiratet waren 167 677 männliche und 7474 weibliche Personen. Die in den Streiklisten verzeichneten hatten insgesamt 320 122 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren.

Für den an den Kämpfen 1912 beteiligten Personen konnten der bei den Kämpfen erzielte Ausfall an Arbeitstage und Verdienst festgestellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitzeit 4 776 818 Tage und der Ausfall an Verdienst 21 144 439 M. Die weiblichen Personen sind an diesen Zahlen beteiligt mit 468 522 Arbeitstagen und einem Verdienstabfall von 1 021 686 M.

Die Kämpfe des Jahres 1912 erforderten eine Gesamtausgabe von 11 486 365 M. (1911: 16 062 906 M.). Sie ist um 4 576 541 M. geringer als im Vorjahr. Von den gesamten Kosten kommen auf die Angriffstreiks 6 911 857 M. auf Abwehrstreiks 947 925 M. und auf Aussperrungen 3 257 615 M. Außerdem verausgabten 4 Verbände noch 268 968 M. an Unterstützung für Mitglieder, die an den Kämpfen anderer Verbände mit beteiligt waren. Die letztere Summe ist mit in die Gesamtausgabe verrechnet. Die Durchführung der Angriffstreiks beansprucht über die Hälfte der Gesamtkosten.

Von den 1543 Angriffstreiks wurden 785, reichlich die Hälfte aller Streiks, unternommen, um Lohn erhöhungen zu erreichen, 293 813 Personen waren daran beteiligt. Darunter befinden sich auch die Beteiligten des Bergarbeiterstreiks. Um Arbeitszeitverkürzung allein wurden 39 Streiks mit 5167 Beteiligten und um Arbeitszeitverlängerung und Lohn erhöhung 372 Streiks mit 44 906 Beteiligten geführt. Von den gesamten Angriffstreiks endeten 940 mit 56 898 Beteiligten erfolgreich, 291 mit 32 012 Beteiligten teilweise erfolgreich und 255 mit 257 819 Beteiligten erfolglos.

Von den 926 Abwehrstreiks wurden 333 mit 9973 Beteiligten geführt, um eine Lohnreduktion abzuwehren. In 231 Fällen war Maßregelung von Arbeitern die Urlaube von Streiks, von welchen 13 498 Personen betroffen wurden. In 24 Fällen wurde zur Wahrung des Koalitionsvertrages die Arbeit eingestellt und 22 Streiks mit 678 Beteiligten wurden zur Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung unternommen. Der Ausgang der gesamten Abwehrstreiks war in 599 Fällen mit 29 263 Beteiligten erfolgreich, in 65 Fällen mit 3845 Beteiligten teilweise erfolgreich und in 193 Fällen mit 9771 Beteiligten erfolglos.

Mit ihren Aussperrungen haben die Unternehmer 1912 nicht gut abgeschaut. Von den gesamten 356 Aussperrungen endeten 52,3 (1911: 39,2) Proz. für die Arbeiter erfolgreich. Oder anders ausgedrückt: über die Hälfte aller Aussperrungen verschaffte vollständig die damit beabsichtigte Wirkung und brachte den Unternehmern keinen Erfolg. Mit dem Prozentzahler der erfolgreichen Aussperrungen übertragt das Jahr 1912 alle früheren Periodenjahre. Die mit teilweiseem Erfolg beendeten Aussperrungen stehen nur gering hinter dem Vorjahr zurück. Die Aussperrungen, die den Unternehmern Erfolg brachten, erzielten, d. h. für die Arbeiter erfolgreich verließen, gingen von 20,4 im Vorjahr auf 14,4 Proz. zurück. Von 1900 bis 1912 sind von dem Unternehmen insgesamt 3324 Aussperrungen verhängt worden, von denen 966 611 Personen betroffen wurden. Durch diese Aussperrungen ent-

stand ein Verlust an Arbeitszeit von zusammen 20 681 085 Tagen. Die Durchführung dieser Ausperrungen kostete den Gewerkschaften die reineitable Summe von 45 306 465 M.

Das sind gewaltige Opfer, die der Arbeiterschaft durch die Ausperrungen bisher auferlegt wurden. Trotzdem haben wir keine Ursache, darüber zu klagen, wenn die Unternahmen aus überreits verhindert, in dem wirtschaftlichen Kampfe ihre Waffenmittel anzuwenden. Man sollte es dann aber auch untersuchen, immer die Arbeiter als diejenigen hinzuholen, die das Wirtschaftsschicksal durch ihre Streiklust erschüttern. Der Arbeiter wird von der Notwendigkeit getrieben eine Verbesserung seiner Lage anzutreiben. Er vermag das nur, wenn er den Wert seiner Persönlichkeit und seiner Arbeitstaft durch gemeinsames Handeln mit seinen Kollegengenossen dem Unternehmer gegenüber zu steigern versucht. Das sind kulturelle Bestrebungen in des Wortes vollster Bedeutung, die in ihren Konsequenzen dem gesamten Volke zugute kommen. Die Arbeiterschaft hat keine Verantwortung, mutwillig Erschütterungen des wirtschaftlichen Lebens herbeizuführen. Solche Erschütterungen führen nur eine Lente herbei, die sich dem tatsächlichen Aufstieg der Arbeiterschaft gewaltig in den Weg stellt. Durch das Mittel der Ausperrungen hat das Unternehmertum den beabsichtigten Zweck, die gewerkschaftlichen Verbesserungen der Arbeiterschaft aufzuheben, bisher nicht erreicht und es wird dieses Ziel auch nie erreichen.

Deutsches Reich.

Wenig Bedarf an verabschiedeten Offizieren.

Die Rhein-Westf. Zeitung hat unter den ihr nahestehenden Industriellen eine Umfrage über den Erfolg des Kriegsministers wegen der Unterbringung verabschiedeter Offiziere in Industrie und Handel veranstaltet. Die Antworten sind der ministeriellen Aussage keineswegs günstig. Der eine oder andere der Befragten hält die Vorschläge zwar für gut und beachtenswert, aber auch diese Wohlwollenderen kommen zu dem Ergebnis, daß ein Erfolg des Versuchs immer von der Persönlichkeit und von den zweischen Verwendungswegen abhänge. Die Mehrzahl nimmt aber einen sehr skeptischen Standpunkt ein. Sehr erheblich, meinen sie, könne die Zahl der Qualifizierten nicht sein. Der verabschiedete Offizier müßt sich vor seiner Anstellung erst das nötige Wissen von Fachwissen aneignen. Der Offizier sehe dem Wirtschaftsleben noch fern, als der Jurist und der Verwaltungsbau, und mit denen seien die Erfahrungen schon schlecht genug, usw. Einer der „größten und erfolgreichsten“ Industriellen schreibt ohne viel Umschweife:

„Ich erwähne höchstens, daß die leitenden Stellen in allen Geschäften wohl im allgemeinen nur von Fachleuten besetzt werden können. Genauso wie unsere Herren aus dem Handel und der Industrie sich bei höheren Offiziersstellen eignen werden, ebenso wenig werden sich Offiziere, ohne langjährige Erfahrungen, für leitende Stellungen in der Großindustrie eignen. Um Zukunft zu leisten, muß man sich große Kenntnisse in seinem Spezialfach aneignen, wogegen dem Offizier jede Gelegenheit fehlt.“

Wahrscheinlich wird es bleiben, wie es bisher war. Die Industrie verwendet Offiziere, wenn sie hoffen darf, aus ihrem Namen, ihren Beziehungen und Verbindungen Vorteile schöpfen zu können. Die höheren Chargen werden Direktoren, kommen in den Aufsichtsrat usw., die subalternen werden beispielweise mit besonderen Aufträgen nach Berlin gesandt.

Ausländervereine an den preußischen Universitäten.

Wie die Nordde. Allg. Zeitung meldet, hat der preußische Kultusminister die Klagen über das übermäßige Anwachsen der ausländischen Studierenden an den Universitäten bestreitigt gefunden und eine bestimmte Höchstzahl erlassen, welche die Studierenden seiner Nation überschriften werden darf. Wegen der Ausführung dieser Anordnung sind die Universitätskuratorien mit Anweisung versehen worden. Die Maßregel soll die schon zugelassenen Studenten nicht treffen, sondern nur für künftige Neuaufnahmen gelten.

Das preußische Kultusministerium hat sich also, wie von ihm kaum anders zu erwarten war, den nationalpolitisch-reaktionären Bestrebungen zugänglich erweisen, die schon längst auf eine Ausperrung der Ausländer von den deutschen Hochschulen hindeuteten. Darüber, daß durch solche Maßregeln Preußen und dem Reich im Auslande keine Freunde gewonnen werden können, kann wohl kein Zweifel bestehen. Sie steht im Gegenzug zu jener einzige wirtschaftliche Friedliche Weltlichkeit, die durch Verbreitung deutscher Bildung in der Welt und durch Schaffung persönlicher Beziehungen zwischen Bürgern und Ausländern dem Ansehen und der wirtschaftlichen Ausdehnung des deutschen Volkes die Bahn öffnet.

Wichtig wäre zu wissen, ob der preußische Kultusminister im Einverständnis mit der Reichsleitung und mit den Unterrichtsverwaltungen der anderen deutschen Staaten gehandelt hat. Beide sind an seiner Maßregel lebhaft interessiert: die Reichsleitung, weil durch sie die internationales Beziehungen des Reiches berührbar werden, die eingezäunten Unterrichtsverwaltungen, weil sie nun vor die Wahl gestellt sind, entweder die von Preußen weggezogenen Ausländer aufzunehmen oder aber die preußische Exterritorialität mitzunehmen. Ein einseitiges Vorgehen Preußens auf diesem Gebiete würde geradezu einen Akt der Unberechtlichkeit gegen die anderen Bundesstaaten bedeuten.

Der bayerische Landtag.

Der bayrische Landtag hielt Montag nadmittag bei vollbesetztem Hause die erste Sitzung in der neuen Session ab. Der Finanzminister hielt einen sehr ausführlichen Bericht über die allgemeine Haushaltung des Landes. Das Budget für 1914/15 konnte nur dadurch aufgestellt werden, daß neue Steuern gefordert werden und alle notwendigen Aufstellungen unterbleiben. Der Minister beflogte die Wirkung der neuen Reichsteuer, die durch den Abgang der konjunktur verschärft werden. Bayern hat sich gegen eine Erweiterung der Erbschaftsteuer nicht grundsätzlich abstimmen verhalten, dagegen grundsätzlich gegen die Einkommen- und Vermögenssteuern. Die selbständige Verfüzung über den vollen Ertrag dieser beiden Steuern ist für alle Bundesstaaten eine Crisissituation. Von dieser selbständigen Verfüzung hängt für sie die Wohlfahrt ab, da die Staatsverwaltung überwiegend weiterführen zu können. Eine wirtschaftliche Entwicklung der Bundesstaaten würde eintreten, wenn das Reich aus den Mitteln der Bundesstaaten ohne wirtschaftliche Beeinflussung durch die Bundesstaaten hüpfen würde. Die neuen Steuern, durch die das Budget aufgestellt werden soll, hat ein 25 prozentiger Zuschlag zur Reichserbschaftsteuer vom 1. Januar 1914 ab, ein Prozentiger Anteil an der Reichskonsumsteuer, ferner Erhöhung der Stempel und Gebühren. Der Erbschaftsteuerzuschlag soll jährlich fall, weil ihnen in Deutschland der Gebrauch ihrer Muttersprache mit demokratischen Rechten verbunden ist.

100 000 M. erbringen, der Anteil an der Zinnaussteuer 1½ Billion, die Stempel und Gebühren 1 Millionen mehr. Das Budget hat insgesamt die ¼ Milliarde übersteigt. Der Minister warnte dringend vor einer weiteren Erhöhung der Staatsausgaben, deren Sättigung ohne Erhöhung der Einkommensteuer selbst nicht erlangt werden könnte. Darum lehnt er alle Vorschläge auf Aushebung der Steuern ab. Trotzdem verlangt er eine Erhöhung der königlichen Zivilliste um 1 069 000 Mark auf 5 400 000 Mark. Bei der grütesten Begründung dieser Forderung erregt er das schallende Gelächter der Sozialdemokraten. Dagegen sind für alle Verteiler, die wahre Hungerlöcher gegenwärtig verdienen, nur 2 100 000 M. für persönliche Julagen ausgeteilt. So werden lächerliche Julagen von 150 bis 250 M. gewährt. Die Idee des Ministers wurde, abgesehen von der Stelle, bei der die Zivilliste begründet wurde, mit eisigem Schweigen von allen Parteien angehört. Alle die Arbeiterschaftsverbände wurde keine Summe in den Hut eingetragen. Sozialdemokraten, Liberale und Zentrum haben dagegen sofort in einem gemeinsamen Antrag die Regierung ermahnt, mit den nötigen Staatsbauten sofort zu beginnen. Wegen des günstigen Erntewetters verlagerte sich darauf das Haus bis Dienstag nächster Woche.

Eine Befreiung des Abgeordneten Erzberger.

Der betriebsame Abg. Erzberger ist empört darüber, daß sein Brief, in dem er die Zentralauskunftsstelle für Auswanderer zum Abkommen auf die österreichische Volkszeitung aufforderte, veröffentlicht worden ist. In der kleinen Presse macht er seiner Entrüstung folgendermaßen Lust:

„Dauer ist also das Zentrum gut genug, daß es die Galer genug haben will; doch man aber dann an einer solchen Stelle auch die jedo überständliche Objektivität bejeweln würde, das genannte Zentralblatt zu halten, das gibt es nicht. Der Abgeordnete Erzberger konnte diese auffallende Zurückhaltung jederzeit im Reichstag rügen — wie oft haben schon Sozialdemokraten sich bei den Staatsberichten beschwert, daß die Staatsberichtshandlungen keine sozialdemokratischen Blätter führen. Der genannte Abgeordnete wollte wohl den Reichstag mit der Sache nicht aufzuladen und war so optimistisch, anzunehmen, daß es nur des dreifachen Hindernisses bedarfte. Er hat sich getäuscht, daß der Eröffnung des beredigten Briefes bald man direkt oder indirekt den Brief in die Presse. Nun gut, dann wird man sich eben im Reichstag über die Angelegenheit zu unterhalten haben; denn so ehrhaft genug sind wir nicht, daß wir die Wider der Allgemeinheit bewußt lassen, daß man auf der anderen Seite die katholische Presse einfach ausschließt. Wer sich eine solche Verhandlung gehalten hätte, der verdient den Titel mit Recht; mir täusche ich die generellen Zeiträume, wenn sie etwas annehmen, daß der Abgeordnete Erzberger gehört zu dieser Klafe von Leuten... Die dafür verantwortlichen Herren müssen entschuldigen darüber beleidet werden, daß das Deutsche Reich aus gleichberechtigten protestantischen und katholischen Standpunkten besteht.“

Es ist doch ein recht erheblicher Unterschied, wenn sozialdemokratische Abgeordnete fordern, daß den rein privaten Staatsberichtshandlungen gestoppt werden soll, auch sozialdemokratische Blätter zum Verkauf bereitzuhalten, aber ob ein Abgeordneter von einer Reichsbehörde verlangt, daß sie ein ultramontanes Blatt aus Reichsmitteln abonnieren soll. Nach den Erfahrungen, die Herr Erzberger in dem Konflikt mit Dernburg in der Reichsabteilung gemacht hat, konnte man erwarten, daß er sich größere Vorsicht angelegen sein ließe.

Damals verlor er, daß er nie wieder zu einem Minister gehen werde. Dafür sucht er seine Zwecke jetzt brieflich zu erledigen.

Das Kartell der Reaktion.

Die Nationalzeitung meldet: Trotzdem auf der Leipziger Tagung in Abrede gestellt wurde, daß der „Zentralverband der deutschen Industriellen“ und der „Bund der Landwirte“ sich zu einem „Kartell“ vereinigt hätten, ist dieser Zusammenschluß in sehr enger Form bereits erfolgt. Wie wir erfahren, beobachteten die beiden Vereinigungen einen gemeinsamen Reichsausschuß zu bilden, ferner Provinzial- und Landeskartelle. Auf die Organisation der einzelnen Ortsgruppen soll besondere Sorgfalt verwendet werden.

Eine fiktive Frage.

Die liberale Fraktion des bayerischen Landtages hat verschiedene Interpellationen eingebracht, u. a. auch eine, in der gefragt wird:

„In welcher Weise ist die königliche Staatsregierung bei Vergrößerung und Unterhaltung der bayerischen Staatszeitung durch Einsetzung der Staatskantorial, durch Entwicklung staatlicher Beamten und durch Einsatz öffentlicher Mittel beteiligt, obwohl an Erfüllung des Staates interessiert? Wie rechtfertigt die königliche Staatsregierung die Verbindung ihrer Veröffentlichungen mit einer politischen Tageszeitung und wie das Zwangseinment auf die letztere?“

Zu der Diskussion über diese Frage wird das Ministerium Hartling keine Freude erleben, denn auch die Zentrumspresse ist gerade nicht besonders begeistert von der Gründung eines Konkurrenzblattes.

Zentrumsherrschaft und Volksrecht. In der Staatsverordnetenversammlung zu Köln a. Rh. herrscht eine unverschämte Zentrumsmeid. Um diese Weisheit nicht in Gefahr zu bringen, wendet das Zentrum die schäbigsten Mittel an, durch die sich die Rechte der Wähler beeinträchtigen lassen. Die dritte Kommunalwahlkasse zählt 88 600 Wähler, von denen der weitaus größte Teil in den Vororten wohnt. Um nun zu verhindern, daß diese Wähler einschließen, die Zentrumsmeid zu sprengen, weigert sich die Zentrumsmeid, Wahllokale in den einzelnen Stadtteilen zu errichten. Alle Wähler müssen nach dem Rathaus, um dort ihre Stimme abzugeben. Dabei ist die Wahlgabe am ersten Tag nur bis abends 8 Uhr, am dritten Wahlgange gar nur bis 8 Uhr ausgedehnt. Diese Beschränkung der Wahlzeit dient natürlich auch dem Zweck, die Arbeiter, bezüglich die Sozialdemokratie, möglichst am Wählen zu verhindern. In der letzten Städtevertretung wünschen sich auch die Liberalen gegen diese Wahlschränke auszutreten, unter denen sie pleitezu laufen, vergeblich. Der Zentrumspredner sagte: „Wir sind bei dem bürgerlichen Zustand nicht schlecht geladen, und deshalb bleibt's so!“ Die Zentrumsherrschaft zeigt wie in Südn. Italien, daß man überall da machen, wo das Zentrum an der Herrschaft ist.

Meisselnhäuser aus Niedersachsen. Die gemischte Deputation der Berliner städtischen Ämterhäuser hat nach eingehender Beratung beschlossen, in der nächsten Zeit die Einführung von freischem russischen Fleisch wieder aufzunehmen, mit zu diesem Zweck beim Landwirtschaftsminister zu beantragen, die Einführung von solchem Fleisch bis zum 1. April nächsten Jahres zu genehmigen. Es wird nun abzuwarten sein, welche Antwort der preußische Landwirtschaftsminister geben wird. Die Bürger werden natürlich alle Männer springen lassen, um zu verhindern, daß die Regierung den Menschen der Berliner Stadtverwaltung Rechnung trägt.

Ein Kongress deutscher Polen in Holland. Die Polen Westlich der Elbe, hauptsächlich also aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, bereiten einen Kongress vor, der in Holland stattfinden soll, um die Arbeiterschaften ihrer Muttersprache mit demokratischen Rechten vertreten und Rechtsverhältnisse festzulegen.

in öffentlichen Versammlungen unmöglich gemacht ist. Die Rheinisch-entlastet und überzeugt vollständig, daß es gerade die rheinisch-westfälische Großindustrie gewesen ist, die es ermöglichte, daß sich im inneren Distanz ganze Unternehmen verbunden sind, in denen man kaum ein deutliches Motiv zu hören bekommt. Wie das Berliner Tageblatt erfährt, richtet sich die Aktion der Polen auch gegen die Sozialdemokratie, die angeblich nach Wechsels Ende tatsächlich verboten sei. Man spielt dabei darauf an, daß der Parteitag in Jena sich gegen die polnischen Sonderorganisationen erklärt hat.

Rusland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Generalstabchef und der Thronfolger.

Der offene herausbrechende Gegensatz zwischen dem Thronfolger und dem Generalstabchef, wie er durch die böhmischen Wandere zu bestreiten Umstimmungen entstanden war, hat durch die Arbeiterszeitung und die Neue Freie Presse seine erste öffentliche Verbreitung gefunden. Juerst wollte man versuchen, der Artikel der Arbeiterszeitung wurde wortwörtlich konfisziert und die offizielle Reichszeitung, des Thronfolgers Leibblatt, brachte eine gewundene Wiederholung. Doch schon drei Tage später zerriss Konrad von Höhendorf das Viergespanne selber, er teilte dem Vertreter der „Kronenzeitung“ mit, daß er freilich gehen werde, aber alterthalber, was dem 62jährigen Name, der voriges Jahr erst in sein Amt zurückgeführt war, natürlich jedermann nun glauben wird. Dagegen bestritt Konrad allerdings seine Absicht einer königlichen Verhinderungstreite. In diesem Punkte hat ihn also das Gericht überschlagen. Er ist noch heute von dem Wahlrecht befreit, man müsse die Spalte der lange gegen Italien lehren und noch heute tragt er es Nebenhal im grossen Seelen nach, daß er ihn gesindert, während des Tripolisfeldzugs blutige Freunde zu vinden. Man muss demnach über seinen Abgang nicht alszutrautig werden, die ganze verrückte Tochter der Kriegspartei und ihrer sillosen Angreifslust spiegelt sich noch heute in den Worten des Generals. Doch in dem wichtigsten Punkte liegt er beträchtlich weniger als die Wahrheit. Da ergänzt den Bericht, was jetzt aus Offizierskreisen bekannt wird. In der Tat ist es ein persönlicher Zusammenhang mit dem Thronfolger gewesen, der den General aus dem Sattel gehoben hat. Franz Ferdinand, jetzt Generalinspektor der gesamten bewaffneten Macht, will einen Menschen von geistiger Selbständigkeit nicht neben sich dulden, er will auch dem Generalstabchef den weiten Kreis der Tätigkeiten nicht gönnen, den diesen bisher erfüllen durfte. Ein jüngerer, flüssigerer General ohne Namen und ohne den Ehrengrad, ein Kunt ganz mit seiner Tätigkeit zu durchdringen, soll an die Stelle Conrads treten — ein Handlanger.

Von selbst drängt sich da der Sprachgebrauch des persönlichen Regiments auf. Nun ist, wie die Wandere zwischen haben, Franz Ferdinand alles eher als ein Militärmann; aber auch er will alles entscheiden, und auch er leidet keinen Widerspruch. Es schlägt ihn sogar in der gräßlichsten Form nieder. Möglichkeit der Rede ist überhaupt nicht sein bescheidene Teil. Er ruft etwa vor allen Leuten seinem Chauffeur, der es in etwas verkehrt, ein donnerndes: „Sie Schuft!“ zu. Und wie dem Chauffeur und dem Diener, so begegnet er auch seinen Ratgebern. Ein fast krankhafter Ehrich löst ihn an unbegrenzter Massenschlägerei des Bildes unbegrenzte Freude finden. Ja er nimmt bei Ausfahrt, wenn er vom Jagdwagen zusammengetriebene Wege nur so miedestellt, sogar seine kleinen Kinder mit. Dagegen mag einmal der bis dahin recht einflußreiche Reichsgraf Graf Salomon Einsiedler. Ihm erging wie jenem Chauffeur und er verschwand aus der Umgebung des neuen Herrn. Gejährt ist es namentlich, die Ungunst der Gemahlin, der Herzogin von Hohenberg, auf sich zu ziehen. So darf selbst der erfahrene Wiener Bürgermeister Weißkirchner das Auge des Gebieters nicht schauen, weil eine Theaterliebe des breitgeöffneten Kinospieler die fiktive Entstaltung der freimaurerischen Freimaurer hat verdeckt mit. Daneben herrscht mit Einführung der Staatskantorial, durch Entwicklung staatlicher Beamten und durch Einsatz öffentlicher Mittel bestreitigt aber an Erfüllung des Staates interessiert? Wie rechtfertigt die königliche Staatsregierung die Verbindung ihrer Veröffentlichungen mit einer politischen Tageszeitung und wie das Zwangseinment auf die letztere?“

Zu der Diskussion über diese Frage wird das Ministerium Hartling keine Freude erleben, denn auch die Zentrumspresse ist gerade nicht besonders begeistert von der Gründung eines Konkurrenzblattes.

The böhmische und die österreichische Frage.

In Teplitz-Schönau fand am Sonntag ein von 450 Teilnehmern und zahlreichen Gästen besuchter außerordentlicher Landesparteitag der österreichischen Sozialdemokratie statt. Im Bödel auf Bödel einen heftigen Rostanz, der sieben angeschaut wurde. Die Auflösung des böhmischen Landtages, der Jahresbericht durch den Obstruktor der Bürgerlichen gekämpft war, und die Eröffnung der sogenannten Schlußverhandlung bis Landes durch eine bürgerliche Verwaltungskommission hat das Problem der Umgestaltung Österreichs und einen zentralisch-bureaucratisch regierten Staat in einen Staat der Selbstverwaltung der Völker aufs neue aufgeworfen.

The böhmische und die österreichische Frage.

In Teplitz-Schönau fand am Sonntag ein von 450 Teilnehmern und zahlreichen Gästen besuchter außerordentlicher Landesparteitag der österreichischen Sozialdemokratie statt. Im Bödel auf Bödel einen heftigen Rostanz, der sieben angeschaut wurde. Die Auflösung des böhmischen Landtages, der Jahresbericht durch den Obstruktor der Bürgerlichen gekämpft war, und die Eröffnung der sogenannten Schlußverhandlung bis Landes durch eine bürgerliche Verwaltungskommission hat das Problem der Umgestaltung Österreichs und einen zentralisch-bureaucratisch regierten Staat in einen Staat der Selbstverwaltung der Völker aufs neue aufgeworfen.

wurden. Bauer wies darauf hin, daß dieser Weg, auf dem allein Österreich seinen Stand in den Stürmen der Weltpolitik sichern kann, schon einmal gewählt wurde, nämlich im Jahre 1848 im Reichstag zu gewinnen. Alle österreichischen Völker vereinigten sich damals auf die Forderung der nationalen Autonomie durch die demokratischen Kreisorganisationen. Aber in diesem einzigen Augenblick in den ganzen österreichischen Provinzen, wo alle Nationen einig waren, wurde der heimliche Heilung von der Reaktion durch brutale Gewalt ausgetragen. Die Forderung, die damals die Macht aus der Arbeiterschaft zu der breiten gewollt worden. In der nächsten Zeit sollen in ganz Deutschland Massenversammlungen stattfinden, um diesen Gedanken zu propagieren und eine neue Volkswegung für die Demokratierung des Landes und für die zukünftige Revolution zu entstehen.

Meinungen.

Imperialismus und Kapital.

Die Klüte der imperialistischen Eroberer sind schon lange bestehend auf das Festland Italiens gestreut. Den Rothlande zwischen dem Schwarzen Meer und Trapezunt bis Samos mit dem Hinterland bis Erzincan und Erzerum beansprucht Russland. Mit russisch-französischem Geld soll die Trapezunt-Erzincan-Bahn gebaut werden. Bei Aufstellung des imperialistischen Rückens soll das südwestliche Dreieck vom Golf von Aus mit dem darüber liegenden Altmurus und der Stadt Marasas, mit den Städten Macri und Tacea, dem Vorgebirge Chelidonia und der Stadt Sozusa (10 000 Einwohner) bis zur Stadt Durazzo im Innern als "influssreiche Italien" von unserem Verbündeten in Besitz verholt werden; das Finanzgeschäft macht die Banca Commerciale Italiens in Mailand. Darum erhebt die italienische Finanzgesellschaft (la Società Commerciale d'Oriente) die unzulässige Ansprüche auf fünf Jahre zu Eisenbahnländern von der Bosporusbucht bis Durazzo; das sind 150 Kilometer; bei der Station Asprota soll die italienische Linie Anschluß an das französische Netz Smyrna finden.

Miglio.

Vor den Wahlen.

Report, 29. September. Ein Telegramm aus Miglio bestätigt, daß das meganische Kriegsministerium General Portofio Diaz, den früheren Präsidenten Miglio aufgefordert habe, zurückzutreten und den Befehl über das meganische Heer zu übernehmen.

Washington, 29. September. Trotz des optimistischen Berichts aus Miglio macht sich doch in Italien Streit einer gewisse Unruhe raus. Wenn man auch die Kandidatur des Ministers Samoua als eine Stellungnahme Miglos zu den meganischen Verhältnissen betrachten will, so weiß man doch noch nicht, ob nicht auch Guerri und andere will. Außerdem ist man auch darüber im Zweifel, ob nicht Samoua ein ehemaliger vorgesetzter Strohmann ist, und daß nach dessen Wahl Guerri der eigentliche Herr Miglio siele. General Diaz trat zugunsten Samouas zurück. Ein letztes Telegramm aus Miglio sagt, daß Guerri den Expräsidenten Portofio Diaz gebeten habe, dass zu Hilfe zu kommen, jedoch steht es noch nicht fest, ob Diaz diesen Aufruhr stillen wird.

Reine Kämpfe.

Report, 29. September. Nach einer Meldung aus Jugoslavien dort ein schwerer Kampf zwischen Rebellen und Regierungstruppen statt. Man sagt, daß die Rebellen in die Flucht geschlagen worden seien.

Der neue Balkanbrand.

Sofia, 29. September. Aus dem Aufstandsgebiet wird gemeldet, daß die serbischen Truppen nach der Beseitigung von Matrosa und Galitsch sich nach Prilep gewandt haben. Auf dem Wege von Monastir nach Ochrida wurde eine große Bulgarenlandschaft mit den Albaniern zusammenarbeitende, von Serben umzingelt und aufgerissen. Im Raumgebiet hat gekämpft bei Kumanica ein heftiger Kampf mit den Albaniern begonnen, über dem jedoch Einzelheiten noch fehlen. Nach amtlichen Berichten sind die neuen serbischen Verstärkungen in Resna eingetroffen. Eine albanische Kolonne, welche die Serben vor Niemandslang angriff, soll geschlagen worden sein.

Einer anderen albanischen Kolonne, die auf Prilep loszog, ist von Resna nach Prilep geschickt serbische Gendarmerie entgegengestellt, um ihr den Weg zu versperren. Der Oberbefehl über sämtliche Truppen im Aufstandsgebiet wurde dem Oberst Damjan Popovitch übertragen.

Djakowa in den Händen der Russlandischen!

Wien, 29. September. Die Neue Freie Presse meldet aus Valona: Nach heftigem Kampf wurde Djakowa von den Albanern eingenommen und große Mengen von Waffen und Munition erbeutet, gleichzeitig Ochrida, wo viele Geflüchte und Lebensmittel in die Hände der Albaner fielen. Prilep ist umzingelt und sein Fall wird ständig erwartet. Die vorliegende Garnison ist 4000 Mann stark. Die telegraphische Verbindung zwischen Ochrida und Valona ist wiederhergestellt.

Serbische Desertionen.

Budapest, 29. September. Der Peiter Blaub erzählt aus Belgrad, daß serbische Soldaten in immer stärkerem Maße nach der österreichisch-ungarischen Grenze zu entfliehen suchen. Täglich sollen Deserteure die Donau und Save überqueren und noch in Uniform das Gebiet der Monarchie betreten. Zum größten Teil folgen die Deserteure die Richtung über Nitrowitz auf kroatisches Gebiet ein. Nach einem Bericht, der dem Peiter Blaub aus Wien zufolge, wird die serbische Expeditionstruppe in Albanien große Schwierigkeiten zu überwinden haben. Die albanischen Truppen lösen sich in kleine Gruppen auf; während sie bisher in Massen ver gegangen sind, kämpfen sie nun mehr in Trupps von 200 bis 250 Mann. Man gibt zu, daß unter diesen Umständen die Expedition auch nach serbischer Auffassung sich langwierig und beschwerlich gestalten müsse, um so mehr, da sich die Serben keiner Schlappe ausleben dürfen. Es werde auch mitgeteilt, daß die Zahl der bulgarischen Komitate, die mit den Albanern verbündet im Kampf gegen die Serben begriffen sei. Allein über Elbasan seien dreitausend Komitate zu den Albanern gestoßen.

Die Choler.

Belgrad, 29. September. Bis zum 27. September sind in Serbien 922 Cholerafälle vorgekommen, wobei 46 tödlich verlaufen sind.

Der bulgarisch-türkische Friede.

Konstantinopel, 29. September. Der türkisch-bulgarische Friedensvertrag ist unterzeichnet worden.

Konstantinopel, 29. September. Da der am 20. September gemeldete türkisch-bulgarische Friedensvertragtentwurf Abänderungen erfahren hat, zählt der endgültige Text des Vertrages 17 Artikel. Die Frist für die Rückumwandlung der Bulgaren verbleibenden Gebiete, die ursprünglich auf 2 Monate berechnet war, ist auf 2 Wochen herabgesetzt worden. Durch die Vereinbarung betreffend die Mafitis hat sich die Bulgarische Regierung, abgesehen von den bereits gemachten Bestimmungen, verpflichtet, gemäß den vom Bulgarischen Gelehrten über den öffentlichen Unterricht vorgesehenen Verhältnissen Elementar- und Mittelschulen für die Muselmanen und außerdem eine muselmanische Schule zur Heranbildung von Mafitis zu erhalten.

Türkische Drohungen gegen Griechenland.

Konstantinopel, 29. September. Die diesige Presse führt in ihren Warnungen gegenüber Griechenland fort. Die türkischen Forderungen seien keineswegs übertrieben. Wenn Griechenland sie nicht annimme, seye es sich ernste Konsequenzen aus.

Paris, 29. September. Der Spezialberichterstatter des Echo de Paris telegraphiert aus Saloniki: Hier sind Berichte von einem Angriff der türkischen Armee an der griechischen Grenze sowie von Scharmütseln mit den Bulgaren an der serbischen Grenze verbreitet. Der Generalgouverneur von Mazedonien Dragumis erklärt: Alle unsere Vorsichtsmahnmageln sind getroffen. Die Nachricht von der Errichtung des griechischen Hauptquartiers in Kavala ist noch nicht offiziell. In der Nähe griechischer Truppen scheinen keine regulären türkischen Truppen, sondern nur Soldaten zu stehen. Gegenwärtig bestätigt nichts die Annahme, daß ernste Erziehungen nähren.

Prozeß Knittel.

Vor dem Landgericht in Gleiwitz begann am Montag, nachdem das erste freiliegende Urteil von dem Reichsgericht aufgehoben worden war, die Verhandlung gegen den Amsterdamer Knittel jetzt in Reihe wegen Verteidigung des Hauptmanns Kamler und anderer Offiziere. Amsterdamer Knittel hatte den letzten Landtagwochen für die Wahlräte des ultramontan-polnischen Komitees gesammelt und war schließlich ohne sein Wissen in den Kirchenvorstand gewählt worden, in welchem er mit polnischen Vertretern zusammenhing. Der Prozeß ereignete sich unterdessen auch deshalb gewaltig aufgeladen, weil zwei Offiziere, die die dienstliche Anzeige gegen ihn erhoben hatten, in jenem Urteil sehr schlecht weggekommen waren. Der eine, Hauptmann Kamler, wurde als gemeingefährlicher Gesellschafter bezeichnet, und bei beiden Offizieren wurde für den Vorwurf der Lüge der Wahlscheinbeweis für geführt angesehen. In der neuerlichen Verhandlung, zu der viele Zeugen und eine Reihe medizinischer Sachverständiger für den Seelengeist und Zustand des Hauptmanns Kamler geladen waren und der ein Vertreter des Kriegsministeriums beihandte, erklärte der Angeklagte Knittel in seiner Vernehmung, daß er das Komitee des Zentrums mit den Polen nicht gebilligt, aber schließlich doch die gemeinsame Liste des Zentrums und der Polen gewählt habe, weil ihm die Wahlmachtmachungen der Konserventen und Liberalen geärgert hätten. Nunmehr sei, wenn in den dienstlichen Meldungen von ihm behauptet worden sei, daß er sich agitatorisch für die Polen verbreite, will, daß nicht richtig, daß sein Verhalten bei der ganzen deutschen Bevölkerung Unwillen hervorgerufen hätte. Das sei nur bei einer bestimmten Elüte der Fall gewesen. Er habe seine Verbefegung zur Landwehr als eine politische Wahlreglung empfunden und sich dagegen mit allen Mitteln zur Wehr gemacht, aber man habe die Einleitung eines ehrengerichtlichen Verfahrens gegen ihn abgelehnt und alle seine Eingaben und Beschwerden juristisch verworfen. Eine allerböseste Abneigung des Majestäts, an dem er sich gewandt habe, habe erklärt, die Sache sei eine politische Angelegenheit und eigne sich nicht für ein Ehrengerichtsverfahren. Deshalb habe er schließlich zum legenden Mittel gegriffen und sich mit einer Eingabe an den damaligen Kriegsminister v. Ritterling gewandt. Er habe in dieser Eingabe mit Absicht falsche Ausführungen gemacht, weil er sonst nicht zu seinem Rechte zu kommen geglaubt habe. Er werde beweisen, daß man es bei Kamler mit einem beihilflichen Geisteskranken zu tun habe, der mit Lügen und direkten Unwahrheiten gegen ihn gearbeitet habe. Kamler sei bei den Kontrollversammlungen außerordentlich schroff gegen die Mannschaften gewesen und habe über Gebühr Strafen verhängt. Die Militärbehörden hätten sich zum Teil zu einer politischen Hege missbrauchen lassen. Der Vorsthende erinnerte, daß von der Einleitung eines Ehrengerichtsverfahrens gegen den Angeklagten deshalb Abstand genommen worden sei, weil man zwar mit seinem politischen Verhalten nicht einverstanden gewesen sei, aber erneut einen angemessenen habe, daß seine Elüte vollkommen infast aus der Elüte hervorgehe. Die zur Verleugnung kommende Entscheidung des Divisionskommandeurs konstatiert, daß Knittel die Grenze, die einem Reserveoffizier gesetzt sei, nicht überwunden hat, nur in einem aktiven oder passiven Eintretene eines Offiziers für die Sozialdemokratie könne eine Verleugnung der Standesehrte erblidt werden. Am meisten hat sich die Entstaltung der Haftaufsicht gegen Knittel gewendet, weil unter den von ihm gewählten Abgeordneten sich der polnische Abg. Dr. Sanda befunden hat. Der Führer der Kriegervereine im Kreise Rybnik, Vojc., hat gegen Dr. Sanda den Vorwurf der Lüge erhoben, weil Sanda behauptet habe, er sehe auf dem Boden der Verfassung, was Vojc. befürchtet. Dr. Sanda verklagte Vojc. wegen Beleidigung. Vojc. wurde aber freigesprochen, weil das Schöffengericht und auch die höheren Instanzen in Sanda einen eifrigsten Anhänger der national-polnischen Verstreben erblickten, auf dessen Verhaftungstreue nichts zu geben sei.

Die Heugendernehmung beginnt mit der Vernehmung der drei als Rebentücher zugelassenen Offiziere des Hauptmanns Kamler, des Oberstleutnants Baron von Bittendorff und des Generalmajors von Blaibach. Sie bestreiten durchgehend, daß sie dem Angeklagten Knittel Verhauung zu seinem Vorgehen gegeben haben und wollen nur aus Pflichtbewußtsein und aus dienstlichen Gründen gegen ihn vorgegangen sein.

Aus aller Welt.

Zur Offizierstragödie in Diebenhofen.

Diebenhofen, 29. September. Nach einer neuen Version soll es sich bei der Offizierstragödie um einen Unfall handeln. Wie erzählt wird, veranlaßten die Offiziere nach der Kneiperei ein Schießen im Raum, wobei Viergläser als Ziel dienten. Als nun Leutnant Vojc. dem Fahnenjunker die Waffe aus der Hand nehmen wollte, um selbst zu schießen, habe sich diese von selbst entladen und eine Kugel habe den Fahnenjunker tödlich ins Herz getroffen.

Diebenhofen, 29. September. Der von dem Leutnant Vojc. durch Revolverbeschüsse schwer verletzte Fahnenjunker Höfeler ist gestern nachmittag seines Verlebens erlegen.

Strombahngesamtkonkurs.

Charleroi, 29. September. Bei einem Strombahngesamtkonkurs, der sich heute abends in Marchienne ereignet, wurden ungefähr zwölf Personen schwer verletzt.

Neuer Flugmetreordnung.

Rehms, 29. September. Beim heutigen Gordon-Bennett-Rennen stellte Preßost auf Reparaturapparat mit einem 100 PS-Brummenmotor einen neuen Weltrekord auf. Er erreichte bei Windstille in geschlossenem Fluge 204 Stundenkilometer oder 56,8 Sekunden pro Meter.

Ein Totenschiff.

London, 29. September. Aus Christchurch (Neuseeland) wird gemeldet, daß zwei Leute von dem verloren gegangenen Schiff Glasgow nach dem zurückgekehrt sind und berichtet haben, sie hätten das Wrack des 1890 gesunkenen Dampfers Marlborough entdeckt. In dem Wrack hätten sie 20 menschliche Skelette gefunden.

Schiffsunfall im Finnischen Meerbusen.

Petersburg, 29. September. Ein neues Bildnis für die Universität der russischen Seefahrt im finnischen Hafenort liefert die Fabrik des Kompars des Kriegsministeriums, General Bobrow, der mit dem Stabschef des Petersburger Militärgouvernements General Gulewitsch, dem Stabschef der Wladiger Festung General Rot und anderen Offizieren an Bord gestellt in voller Fahrt in der

Nähe von Williamson auf ein Riff auffuhr und sofort zu sinken begann. Ein herbeiliegender Privatdampfer rettete den General Gulewitsch, während General Rot und schwimmend das Ufer erreichte. Auch die Befragung konnte in Sicherheit gebracht werden.

Ein Polizeichef erschossen.

Kalkutta, 29. September. Der Polizeichef Saripade bei ist gestern abend auf offener Straße von drei Jungen Bengalen erschossen worden. Die Mörder sind entkommen.

Prognose der fälligen Landeswetterwarte

für den 1. Oktober.

Aufwinden der Winde; sonst keine Wetteränderung.

Wetterlage: Der Stern höchsten Drudes lagert heut über Norwegen. Hoher Druck befindet anserdem den Osten Europas; der Stern dieses Hochs befindet sich über Südrussland. Das legt für uns weiter bestimmt. Unter östlichen Winden besteht heiteres, trockenes Wetter. Eine Witterungsänderung ist auch bis morgen nicht zu erwarten. Die Winde frischen allmählich auf.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Sudweis — 10. Bardubitz — 59. Brandis — 6. Mehlitz + 46. Leitznitz — 5. Aussig — 17. Dresden — 125.

Letzte lokale Nachrichten.

Der Friedensvertrag.

Konstantinopel, 30. September. Der offizielle Text des bulgarisch-türkischen Friedensvertrages lautet im Artikel 7: Die aus den von der Türkei an die bulgarische Regierung abgetretenen Gebieten stammenden und dort wohnhaften Personen werden bulgarische Untertanen. Diese zu bulgarischen Untertanen gemordeten Personen werden während eines Zeitraumes von vier Jahren die Freiheit haben, an Ort und Stelle zugunsten der ottomanischen Nationalität zu optieren durch einfache Erklärung bei den bulgarischen Behörden und eine Eintragung bei den ottomanischen Konsulaten. Die Muselmanen in den abgetretenen Gebieten, die bulgarische Untertanen geworden sind, werden während vier Jahren nicht zum Militärdienst herangezogen und haben keinerlei Militärdienste zu leisten. Die Muselmanen, die von ihrem Optionskreis Gebrauch gemacht haben, werden die abgetretenen Gebiete verlassen, und zwar bis zum Ablaufe der oben vorgeesehenen vierjährigen Frist, wobei sie das Recht haben, ihr Hab und Gut, sowie das Mobiliar sofort auszuführen. Sie können jedoch ihre Immobilien jeder Art in Stadt und Land behalten und sie durch dritte Personen verwalten lassen. Die muslimischen Untertanen Bulgariens werden in allen Gebieten Bulgariens die gleichen Bürgerlichen und politischen Rechte genießen wie gebürtige Bulgaren. Sie werden Gewissensfreiheit und Freiheit der öffentlichen Ausübung ihres Gottesdienstes haben. Die muslimischen Gewohnheiten werden respektiert werden. Der Name des Sultans als des Kaisers wird weiterhin in den öffentlichen Gebeten der Muselmanen genannt werden. Die muslimischen Religionsgemeinschaften, die gegenwärtig bestehen oder in Zukunft entstehen, ihre liturgische Organisation und ihr Vermögen werden anerkannt und respektiert werden. Im Artikel 16 heißt es: Die bulgarische Regierung ist auf die Rechte und Verpflichtungen der ottomanischen Regierung gegenüber der Gesellschaft der Orientalischen Eisenbahnen beschränkt, für den in den abgetretenen Gebieten longierenden Teil der Bahn. Die bulgarische Regierung verpflichtet sich, ohne Vergug das rollende Material und andere Objekte, die der genannten Eisenbahngesellschaft gehören und von der bulgarischen Regierung beschlagnahmt worden sind, zurückzugeben.

Wieber ein deutsch-französischer Zwischenfall?

Paris, 30. September. Die heutige Daily Mail meldet, daß gestern nachmittag gegen 5½ Uhr ein deutscher Offizier in Neuchatel bei Boulogne-sur-Mer mit einem Revolver getötet sei. Der Militärlieger erklärte, daß er in Köln aufgewiesen sei, mit der Absicht, nach England zu fliegen, doch ihm jedoch der Reise genehmigt habe, niemand zu überzeugen. Der Offizier, der außer einer Kavallerieuniform keine Waffe bei sich hatte, wurde verhaftet. Er wird die Erlaubnis zur Kreuzfahrt erst erhalten, wenn sein Flugzeug von einem Sachverständigen untersucht sei und er selbst eine die Militärbehörde bestätigende Erklärung über seinen Flug auf französischem Gebiet gegeben habe wird. Der Kreuzfahrt wird von Soldaten bewacht. Der Vorfall hat unter der Bevölkerung großes Aufsehen hervorgerufen.

Wieber ein deutsch-französischer Zwischenfall?

Paris, 30. September. Die heutige Daily Mail meldet, daß gestern nachmittag gegen 5½ Uhr ein deutscher Offizier in Neuchatel bei Boulogne-sur-Mer mit einem Revolver getötet sei. Der Militärlieger erklärte, daß er in Köln aufgewiesen sei, mit der Absicht, nach England zu fliegen, doch ihm jedoch der Reise genehmigt habe, niemand zu überzeugen. Der Offizier, der außer einer Kavallerieuniform keine Waffe bei sich hatte, wurde verhaftet. Er wird die Erlaubnis zur Kreuzfahrt erst erhalten, wenn sein Flugzeug von einem Sachverständigen untersucht sei und er selbst eine die Militärbehörde bestätigende Erklärung über seinen Flug auf französischem Gebiet gegeben habe wird. Der Kreuzfahrt wird von Soldaten bewacht. Der Vorfall hat unter der Bevölkerung großes Aufsehen hervorgerufen.

Rückzug der Serben.

Golowit, 30. September. Nach ihrer gelungenen Razzia sollen die Serben Struga und Ochrida geräumt und sich nach Monastir zurückgezogen haben, um sich mit den serbischen Hilfstruppen und der Garnison von Monastir zu vereinigen.

In Gefahr, zu sinken.

Weihen, 30. September. Wie das Weihner Tageblatt berichtet, geriet gestern Vormittag auf der Elbe der Raddampfer Friedrich III., Herzog von Sachsen, von der neuen Deutsch-Böhmen-Eisenbahngesellschaft in Gefahr, zu sinken. Der Dampfer, der mit einem Schleppzug die Radt über oberhalb der Weihner Eisenbahnhälfte gelegen hatte, war anscheinend überlastet und wurde durch seine großen Kohlenvorräte so weit unter Wasser gezogen, daß dieses zu den Booten eintraff. Die Schiffspumpe war nicht instand,

Sächsische Angelegenheiten.

Generalversammlung des sächsischen Lehrervereins.

Der sächsische Lehrerverein hält seine Jahrestagung zur Zeit in Chemnitz ab. Die erste Hauptversammlung begann Montag vormittag im großen Saale des Katholischen Vereinshauses. Zug seiner Größe erwies sich der Saal als unzureichend, sämliche Teilnehmer der Tagung zu fassen, kein Wunder, da sich nicht weniger als 3000 Teilnehmer in die Liste eingetragen hatten. Zur Ergründung ergriff der Vorsitzende des sächsischen Lehrervereins, Herr Lehrer Gattler, das Wort. Er begann mit einer Erinnerung an das Jahr 1813, das auch für die Schule von großer Bedeutung gewesen sei; denn damals habe man erkannt, daß eine Befreiung des Volkes gegen ohne gründliche Reformation der Volkschule nicht durchzuführen sei. Danach hat zwar wieder eine Reaktion eingesetzt, die die Bildung von Schulen verstellt hat, aber das deutsche Volk ist gesund genug gewesen, diese Hemmungen zu überwinden. Deutschland ist nicht allein durch die Mitteilung der Lehre und der Volksbildung groß geworden. Auch heute seien wir wie vor jahrhunderten wieder vor großen Gefahren, die durch die moderne Entwicklung gegeben sind. Die Lehrer habe diese Gefahren vorangesehen und, um ihnen vorzubürgern, ihre Münzen geprägt, die auf die Herabstufung eines neuen Geschlechts abzielten. An zwei Stellen aber sind die Aktionen gescheitert, einmal an der Finanzkasse, sodann aber an dem Widerstand orthodox-konservativer Kreise. Mit kleinen Reformen ist heute dem Grundbau nicht mehr abzuholen. Die Leibesfreiheit verlangt eine Reform des gesamten Schulwesens. (Reddorfer Beifall.)

Oberbürgermeister Dr. Sturm-Chemnitz heißt die Lehrer, schafft im Namen der sächsischen Kollegen herzlich willkommen. Er stellt seiner Begrüßungsansprache die kleine Höhne-Berlin als Vertreter des deutschen Lehrervereins, ferner der mitteldeutsche Landtagabgeordnete Löffner als Vertreter des nachtmühlenschen Volksbildungskomitees, dessen Vergleich über die Schulführung in Württemberg und im "heilen" Sachsen große Weitheit erweist, sodann Oberlehrer Welsch-Breslau als Vertreter des sächsischen Lehrervereins.

Strohs Aufsatz erregte das Antreten der Delegierten, daß das sächsische Kultusministerium auf die Einladung des Vorstands zur Teilnahme an der Hauptversammlung gesamt hat, und das selbdann zur Verlehung gelangt. Es hat folgenden Wortlaut:

Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts dankt für die ihm und seinem Vorstande überstandene Einladung zur 17. Hauptversammlung des sächsischen Lehrervereins in Chemnitz, ist aber zu seinem lebhaftesten Bedauern behindert, zur diesjährigen Hauptversammlung einen Vertreter zu entsenden.

Das Kultusministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Dr. Red.

Die Versammlung nahm diese offensichtliche Beleidigung mit unverdeckten Augen des Ministers auf. Der Vorsitzende erklärte: "Wir nehmen mit lebhaftem Bedauern von diesem Schreiben Kenntnis."

Rumetz erhielt das Wort zu einem Referat über: "Der wirtschaftliche Nutzen der Ausgaben für die Volkschule" der Reichstagabgeordnete Dr. Friedrich Raumann. Die nothwendigen Ausführungen des Referenten wurden von der Versammlung mit lebhaftem Interesse verfolgt. Raumann führt etwa folgendes aus: Das Thema ist von vorherher praktisch möglich. Es besteht die Gefahr, daß idealistische Gewissheit an der rein praktischen Betrachtungsweise Anstoß nehmen. Deswegen ist der Bericht so gehalten: Alle Erziehungsbereit hat einen über alle Möglichkeiten hinausgehenden Wert in sich selbst und kann erfolgreich nur auf idealistische Weise betrieben werden. Alle großen Erzieher haben in ihrem Berufe als Kämpfer gearbeitet. Das darf auch stinkig der Schule nicht verloren gehen. Aber die Erziehungsbereit wendet sich an die Kreise, die bedrohten sollen. Man kann nicht Millionen bekommen, wenn man nur sagt: "Menschenreichen erzielen ist höchste Aufgabe." Dafür gibt niemand 10 Millionen. Sie kommen ja aus Kampfen, deren Rückwirkungen wir erst in den letzten Stunden wieder gestellt haben. (Anspielung auf das Antwoortheben des Kultusministers, die Altersfrist hervorruft.) Ihr Programm ist gut, aber es ist immer der schwierige Moment, wenn der technische Zustand in die laufmännische Abteilung kommt. (Große Heiterkeit.) Dann heißt es, alles zu feiern, nur viel zu neu. Die Volkschulräte sind ebenfalls gestillt, jetzt kommt Ihr Entwurf und fordert neue 47 Millionen, eigentlich sogar 58. So sieht ein richtig gedachter Entwurf vor einer finanziellen Mauer. Ich soll Ihnen nun helfen, diese zu überwinden. Aber Ihre Ratschlägeverbindlichkeit können Sie mir selber ändern, das ist Ihre Sache. (Reddorfer Beifall.)

Wolle man den Parlamenten die Schülern zu mündgerecht machen, so möchte man den ziffermäßigen Nachweis bringen, daß das in die Schule geliebte Betriebskapital, wie etwa bei einem sächsischen Elektroklasse, genügend Belege bringt. Das geht nicht. Zwischen der Saal der Schule und ihrer Freude gibt es kein ziffernmäßiges Verhältnis. Gleichwohl waltet am Auslauf der Schule ein großes, staatliches Interesse ob. Solange die Schule noch ähnliche Stiftung war, erschien sie auch deshalb nötig, weil sie gute Chancen schuf. Dieser Ruf geht ins Jenseits und fällt mit der Verschöpfung der Schule zur Zeit der Auflösung fort. Das ist verschämt für den modernen Staat unserer Augen. Die Schule sollte Pflichtschule schaffen. Als die Volkschule allerdings da war, fand man, daß sie es zu gründlich befürchtete. (Große Heiterkeit und Beifall.) Für das staatliche Interesse an der Schule werden verschiedne Argumente geltend gemacht. Einmal die allgemeine Erziehung der Sitten, sodann die Erziehung der militärischen Bruchstücke, was allerdings bestritten wird. Ferner beruft die ganze heutige staatsbürgliche Bevölkerung auf der Existenz der Volkschule. In einem Staat von Knoblauch sind Wahlrecht, Geldvermögen und Volksbildung nicht denbar. Darauf läßt sich nur ein patriarchalischer Staat bauen, wie er 1806 in Süden ging. Deshalb nennen die Nationalitäten die Volkschule eine Demokratieverbindung, für die sie kein Geld ausgeben wollen. Das beweist einen Mangel an Nationalismus; denn Nationalismus heißt "der Staat sind wir alle". (Reddorfer Beifall.)

Zum zweiten gesellte sich das wirtschaftliche Interesse. Es hat zwar bis in die Neugotik hinein Kulturen ohne allgemeine Schulbildung gegeben. Aber heute ist es bedingt durch die Umwandlung zum Kapitalismus, die wir durchgemacht haben. Alle Menschen müssen heute kaufen und verkaufen, um zu leben. Das verlangt ein gewisses Maß von Bildung. — Der Lehrer führt den Nachweis, daß die heutige Industrie ohne allgemeine Volksbildung nicht dauernd ertragreich ist. Auch die notwendige Gewerbeschaffbewegung der Arbeiter setzt ein gewisses Maß von Volksbildung voraus. Die Maschinentechnik der Herstellungsfabrik verlangt vollständig ohne weitere und gesetzlicher ein höheres Maß von Bildung. Ein Naturmenschen kann die Brüderlichkeitmaschine nicht bedienen, selbst wenn er sich anstrengt, weil er nie gelernt hat, kleine Dinge genau zu tun. So sieht denn die Schule hinter der Herstellung.

Der Unterschied der neuen Generation von der alten berechtigt nun hauptsächlich darauf: daß Kind erlebt die Arbeit des Vaters nicht mehr mit. Deshalb verlangen wir die Arbeitschule. Diese kann allerdings nicht vom grünen Thier definiert werden; hier gilt der Satz: "Von Gott die Menschen versuchen". (Reddorfer Beifall.) Unsere heraufziehende Schulbewegung gleicht einem gut gezeichneten Eisenbahnschuppen. Ob das Kind in Bauten oder in Formen einfiebt, kommt mit Schluß jeden Schuljahrs dort an, wo es soll. (Große Heiterkeit und Beifall.) Hier in Sachsen ist die Verwaltung darin "besonders gut". Niemals ist Experimentieren so nötig wie in Sachsen.

Heilich lobt das Experimentieren. Gelingt. Aber umsofort ist kein Fortschritt zu haben. Heilich, die Sankt der Regierung (Heiter-

keit) allein wird es nicht schaffen. Der Einzelne, der durch die Schule gegangen ist, muß das Gefühl haben: davon habe ich etwas gehabt. Nur so wird die richtige Volksbildung für einen Ausbau der Schule zu hoffen sein. Aber in idealistischen Dingen hat der Einzelne ein "gerades Bedürfnis". Deshalb soll die Schule nicht nur eine moralische, sondern auch eine **volkswirtschaftliche** Aufhalt sein. Die Schule muß den Wohlstand mit einzuführen helfen; dann sieht im Grunde, mit dem Ganzen steht sie und vom Ganzen soll sie getragen werden. (Einzelner, anhängernder Beifall.)

Von einer Auskunftsliste über das Thema wurde Abstand genommen. So konnte der Vorsitzende um 11 Uhr die Versammlung schließen. Der Nachmittag des ersten Versammlungstages war durch eine Anzahl Nebenversammlungen ausgefüllt.

Industriellenverband und Regierungspresse.

Zu den Kreisen der sächsischen Industriellen herrscht noch immer Aufregung über den Verlust der Leipziger Zeitung, die sächsischen Industriellen für den Zentralverband und seine Politik, in Wirklichkeit gleichzeitig für die konservative Partei zu gewinnen. Weil die Verhinderung darüber namenslich in den liberalen Kreisen der Industriellen herrscht, kommt recht deutlich in einer Kolumna des Berliner Tageblatts aus Dresden zum Ausdruck, worin es heißt:

"Im sächsischen Industriellenkreis erträgt die einzige und auf fest angebrachtes Instrument des Zentralverbandes keine Blätter"

„offizielle Regierungspresse“; man nimmt also an, daß

die Zeitungnahme für den jetzt im sächsischen Kreis wiederaufzunehmenden Zentralverband gegen den Verlust industrieller An-

dauflieger, dessen Mitglieder mehr überzeugende Anhänger haben, als die Regierungspresse unmöglich gewesen sei. Hierin wird man kaum getäuscht haben. Außerdem im Ministerium des Innern haben die Ausschlüsse der Leipziger Zeitung ebenso überwogen wie in anderen sächsischen Kreisen. Großvater wußte von ihnen nichts. Aber es fanden sich Bilder von dem dem Zentralverband jetzt stark harten Konservativen in das sächsische Finanzministerium, aus dem die Leipziger Zeitung auch bei anderen Gelegenheiten verdient wird. Wenn im nächsten Landtag der halb Leipziger Zeitung zur Sprache kommt, deren erhebliche Zustützung die Regierung mit jedem Landtag schwer bewältigt bekommt, so wird man wohl auch die verborgenen Einflüsse einmal erkennen, die wahrscheinlich auf dem Wege über eine hervorragende Regierungspresse das von allen sächsischen Steuerzahler erhaltenen Blatt in den Dienst der agrarfeindlichen Parteipolitik stellen. Die Gründe liegen stecken offen. In Sachsen röhren sich die Parteien bereits sehr für die im Jahre 1915 bevorstehenden Landtagswahlen. Die Parteien haben dabei die Industrie nicht auf ihrer Seite, diese ist vorwiegend nationalliberal. Den Konservativen muß es jedoch daran liegen, auch wieder in der Industrie mehr Rückhalt zu gewinnen, wenn sie bei den Wahlen nicht so schlecht abschneiden wollen. Darum haben sie circa die Bundesabgeordneten mit dem Zentralverband verbündet, um durch sie und durch die Tagung in Leipzig bei der sächsischen Industrie den Glauben zu erwecken, daß deren Interessen auch bei der konservativen Partei gut aufgehoben seien. Sie haben dringend das Interesse aus der Industrie. So stellt sich der Kritik der Leipziger Zeitung als ein Stabung verdeckter agrarfeindlicher Landtagswahlpolitik dar. Deshalb wird der Zentralverband als die eigentliche industrielle Vertretung eingestuft; er soll mit seinem industriellen Charakter der sächsischen Industrie die Politik der sächsischen Konservativen, die keine andere als die des Bundes der Landwirte ist, genehmiger machen. Das Spiel wird nicht gelingen, aber der Leipziger Zeitung kann es im nächsten Landtag leicht leicht der Hals brechen; sobald die Nationalliberalen in der Zweiten Kammer gleich den Kreisgründen und Sozialdemokraten die Rückfrage für das Regierungsbüro nicht mehr bewältigen, ist es erledigt.

Danach zu urtheilen scheint im Geheimen ja eifrig für die konservative Partei gewählt zu werden, und zwar unter Beteiligung von Beamten aus der Regierung. Uns berichten ja die Geschichten weniger, wohl aber die Nationalliberalen. Wahrscheinlich wird es auch noch ein lebhaftes Rätsel im Landtag geben, wo übrigens die Nationalliberalen der Leipziger Zeitung das Lebenslicht auslöschen könnten, wenn sie dazu die erforderliche Konsequenz besitzen.

Der Redakteur-Offizier.

Die bekannte Affäre des Redakteurs des Unterlandes, des jetzt verstorbenen Major Weinhner, mit der Lehrerschaft hat vor dem Leipziger Landgericht ein Nachspiel erlebt. In der Leipziger Volkszeitung war am 27. Mai eine Notiz veröffentlicht worden, die sich mit Vorgängen in der Budgetausschüsse des Reichstags beschäftigte. Es war darin mitgeteilt worden, daß die Affäre der Budgetausschüsse der sächsischen Militärbevollmächtigten sei und daß der sächsische Militärbevollmächtigte im Landtag in Tübingen nicht mehr auftritt. Weinhner erklärte, ihm sei dabei nichts bekannt. Auf Grund dieser Neuierung war v. Weinhner eine politische Unschuld genannt worden. Hierdurch und durch die Lehrerfrage: Militärische Neutralität stellte sich v. Weinhner gestimmt. Der angeklagte Verantwortliche beantragte, die Abgeordneten Bassemann, Leebow und Dr. Lenig darüber zu vernehmen, daß ein Mitglied der Kommission den General gestraft habe: Lesen Sie denn keine Zeitung? und daß allgemeine Heiterkeit ausgebrochen sei. Das Gericht vertrat die Verhandlung und beschloß, die Genannten als Zeugen zu vernehmen.

Das Jesuitengesetz vor der Zweiten Kammer.

Das Bureau Hirsh will folgendes mit: Wie verlautet, wird die nationalliberale Fraktion der sächsischen Zweiten Kammer in der kommenden Session den Antrag stellen, die sächsische Regierung möge ihren Vertretern beim Bundesrat den Auftrag erteilen, mit der größten Entschiedenheit gegen den Reichstagsbeschluß auf Aufhebung des Jesuitengesetzes Protest zu erheben. Eine große Mehrheit ist dem Antrage in beiden Kammern sicher, zumal die konservativen sich auf den Standpunkt ihres Führers, Dr. Mangler, stellen dürfen. Wenn auch nach den Erklärungen der sächsischen Regierung nur eine ablehnende Haltung der sächsischen Bundesstaatsvertreter in der Jesuitenfrage zu erwarten ist, so hält die nationalliberale Fraktion einen Bandtagsbeschluß doch nicht für überflüssig, um der Regierung dadurch einen weiteren Rückhalt zu liefern.

Trifft die Meldung zu, so kann über die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion in dieser Sache kein Zweifel bestehen. Welt entfernt, den nationalliberalen Kammern mitzuhören, würden unsere Genossen den für dieses Ausnahmegesetz schwärmen. Hätten auch noch schwarz die Meinung

Die gültige Bekanntmachung des Gemeindeverbandes.

Die organisierten Arbeiter von Reutlingen und Umgebung führen, wie die Chemnitzer Volksstimme berichtet, vor einiger Zeit den Kampf um den sächsischen Rathaus in Reutlingen, der ihnen zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht. Selbstverständlich forderten die Arbeiter dafür, daß das sächsische Rathaus zu diesem Zweck genutzt werden möge. Ohne irgend jemand

läßtig zu fallen, bedachtesten verschiedene Genossen das Rathaus und ergriffen dadurch das Rathaus des Reichs und anderer Vereinigung, monach aus verkehrspolizeilichen Gründen eines wichtigen Umsturzes oder Umhergehen auf der Dorfstraße vor dem sächsischen Rathaus oder in seiner Nähe verboten wurde. Die Räume des Rathauses waren die Arbeiter nicht einzutreten, da nicht die geringste Verfehlung vorgeladenen war. Sie ließen sich dann aus nicht vorstehenden, dem sächsischen Rathaus nicht zugewandten Straßenseiten angewiesen. Doch es gab Straßen für die Arbeit, welche nun endlich die Verfehlung der Gültigkeit sie jedoch nicht auslöste. Die Beiträge beantragten gerichtliche Entscheidung, die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein, das Landgericht verhängte jedoch das erwartete Urteil mit der Begründung, daß die ursprüngliche Bekanntmachung infolge der materiellen Gültigkeit eingebrochen sei, als sie das Volksrecht vor dem sächsischen Rathaus verhinderte, d. h. ohne Rücksicht darauf, inwiefern es die öffentliche Ordnung vertritt. Der sächsische Rathaus wurde unterstellt, die Strafanzeige habe keinen Gültigkeitsschein, was der Landgericht verhängte. Doch es gab eine Revision beim Oberlandesgericht ein und hoben und die Sache an das Chemnitzer Landgericht zurück. Zu der erneuten Verhandlung vor dem dritten Strafgericht wurde nun endlich die Verfehlung der Gültigkeit ausgesprochen. Die Genossen sollen je 10 R. zahlen. Das Landgericht hat also nunmehr die Bekanntmachung als ob Recht bestehend anerkannt, obwohl die Verordnung als ein Eingriff in die Privatsphäre zu betrachten ist.

Auch ein Grund.

In Hartmannsdorf bei Freudenstein wollte der Arbeiter- und Fabrikarbeiterverein am verlorenen Sonntagnachmittag einen Streikabschiedsfest feiern. Bei den Kreisen der sächsischen Industriellen herrscht noch immer Aufregung über den Verlust der Leipziger Zeitung, die sächsischen Industriellen für den Zentralverband und seine Politik, in Wirklichkeit gleichzeitig für die konservative Partei zu gewinnen. Weil die Verhinderung darüber nicht vorstehende Zeitung, die Zeitung der sächsischen Industriellen, die sächsischen Industriellen nicht auf ihrer Seite, diese ist vorwiegend nationalliberal. Den Konservativen muß es jedoch daran liegen, auch wieder in der Industrie mehr Rückhalt zu gewinnen, wenn sie bei den Wahlen nicht so schlecht abschneiden wollen. Darum haben sie circa die Bundesabgeordneten mit dem Zentralverband verbündet, um durch sie und durch die Tagung in Leipzig bei der sächsischen Industrie den Glauben zu erwecken, daß deren Interessen auch bei der konservativen Partei gut aufgehoben seien. Sie haben dringend das Interesse aus der Industrie.

Wachsen. Der Verband sächsischer Gewerbeschulmänner hielt von Sonntagnachmittag bis Montag in Bayreuth einen Streikabschiedsfest ab. Freudenthal Starke, die Leiterin der Schülerinnenabteilung der Gewerbeschule zu Dresden, sprach über das Thema: "Das Gewerbeschulwesen für die weibliche Jugend". Gewerbeschullehrer Schorisch-Battau über: "Das Zeichnen für schmückende Berufe".

Dolgenschwerer Zusammenstoß.

Leipzig. Am Windmühlenweg ereignete sich gestern abend ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Automobilomnibus, wobei letzterer umgeworfen wurde. Zwölf Personen wurden verletzt, davon sechs so schwer, daß sie in Krankenanstalten gebrochen werden mußten. Der Unfall wurde dadurch verhindert, daß der Omnibus, der den Straßenbahnwagen überholen wollte, zu kurz stand.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Montag früh brannte in Tübingen bei Freudenstein das obere Gemeindesiegel, das mit Stroh bedekt war, vollständig nieder. Das Gut war vor vier Wochen demontiert und erst vor einigen Jahren erneuert worden. In den angebrachten Scheune hatten die Tübingen Bürger ausgedrückt ihre Begehrungen untergebracht. Da sie nicht verhindert haben, erzielten sie einen empirischen Erfolg. — Bei einem Steinbruch bei Oelsnitz wurde der Bauer Oswald Müller aus Hohndorf durch bestechende Stohle an einen Holzstiel gefesselt, wobei er schwere Verletzungen erlitt. Sein Besitz ist jetzt verloren.

Stadt-Chronik.

Die „politische“ Volfsfürsorge!

Sachsen voran! — Das die privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften, denen um ihre Dividenden Bangen wird, wie die Schiehunde hinter der gewerkschaftlich-gewerkschaftlichen Volfsfürsorge der sind, ist bekannt. Das aber ein Gericht sich auf den Standpunkt stellt, daß dieses Unternehmen eine mehr oder weniger politische Sache sei, und es deshalb zu einer Verurteilung in einem bestimmten Falle kommt, dürfte bisher noch nicht dagewesen sein! Gestern ist aber diese Tatsache von Dresden zu vermelden.

Einen unglaublichen Vorfall gegen die neue Volfsfürsorge unternahmen die Amtshauptmannschaft Dresden-L. und das Siegelschreibergericht. In Siegels land im Lindenhof am 5. August eine Versammlung von Gewerkschafts- und Konsumvereinsmitgliedern statt, zu der der Lagerhalter Raune per Handzettel eingeladen hatte. Der Referent Thierfelder behandelte das Thema: "Die Schäden der kapitalistischen Volfsfürsicherung und ihre Reform durch die Volfsfürsorge." Die Amtshauptmannschaft schiedte zur Nebenrede nach der Verhandlung der Expedienten Söder in Siegels, der auch einen Bericht über das Referat und die Debatte an die Amtshauptmannschaft abstand. Darauf erhält Raune wegen Nichtanmeldung einer öffentlichen politischen Versammlung eine Strafe von 10 R., gegen die er selbstverständlich nicht verantwortlich ist. Er stellt die Volfsfürsorge vor dem Gericht dar, daß die Volfsfürsorge eine Verhandlung der Expedienten Söder in Siegels, der auch einen Bericht über das Referat und die Debatte an die Amtshauptmannschaft abstand. Darauf erhält Raune wegen Nichtanmeldung einer öffentlichen politischen Versammlung eine Strafe von 10 R., gegen die er selbstverständlich nicht verantwortlich ist. Wie das Gericht aus dem Bericht des Expedienten an die Amtshauptmannschaft feststellen konnte, enthielt dieser gleichfalls nichts, was nur im entfernten Sinn darauf hindeutete, daß es politische Angelegenheiten erörtert werden. Der Vorsitzende hielt ihm bei dem Zeugen Söder vor und stellte an ihn die Frage, ob er den Eintritt gehabt habe (S.), daß die Versammlung absolut nichts mit Politik zu tun gehabt, sich vielmehr lediglich mit der wirtschaftlichen Frage der Volfsfürsicherung beschäftigt habe. Wie das Gericht aus dem Bericht des Expedienten an die Amtshauptmannschaft feststellen konnte, enthielt dieser gleichfalls nichts, was nur im entfernten Sinn darauf hindeutete, daß es politische Angelegenheiten erörtert werden. Der Vorsitzende hielt ihm bei dem Zeugen Söder vor und stellte an ihn die Frage, ob er den Eintritt gehabt habe (S.), daß die Versammlung absolut nichts mit Politik zu tun gehabt, sich vielmehr lediglich mit der wirtschaftlichen Frage der Volfsfürsicherung beschäftigt habe. Wie das Gericht aus dem Bericht des Expedienten an die Amtshauptmannschaft feststellen konnte, enthielt dieser gleichfalls nichts, was nur im entfernten Sinn darauf hindeutete, daß es politische Angelegenheiten erörtert werden. Der Vorsitzende hielt ihm bei dem Zeugen Söder vor und stellte an ihn die Frage, ob er den Eintritt gehabt habe (S.), daß die Versammlung absolut nichts mit Politik zu tun gehabt, sich vielmehr lediglich mit der wirtschaftlichen Frage der Volfsfürsicherung beschäftigt habe. Wie das Gericht aus dem Bericht des Expedienten an

Dienstag den 30. September 1913

Dresdner Volkszeitung

Seite 5

Rechts ist zwar eine falsche Annahme, aber selbst wenn sie nicht wäre, hätte das im vorliegenden Falle nichts zu sagen. Denn es kommt nur darauf an, ob die Versammlung politisch war. Das ist nicht der Fall gewesen, wie selbst von dem Beamten gesagt wurde, der sie überwachtet. Einem klügeren Jungen könnte der Angeklagte doch wohl kaum haben. Nebenwegen war die Versammlung auch unserer Meinung nicht durch das Gesetz gerechtfertigt. Um insofern Rendite wird es wieder ein ungünstiges Urteil der Justizpolitik abzuwehren geben. Freue dich, Regierung!

Die Stadtverordnetenwahlen

Jetzt noch einen Beschluss des Rates am 26. und 27. November, Mittwoch und Donnerstag, vorgenommen werden, nachdem die etwa 110000 Wahlzettel wurden. Mittwoch ist auf vormittags 10 Uhr, Donnerstag 4 Uhr festgesetzt. Als Wahlstellen bestimmt ist für die bisher benötigten Lokale mit Ausnahme des Schauspiels, in dem das Restaurant Fürstenhof, Striezelstraße, am 21. Dezember, in dem das Restaurant Käthchenstube, Leipziger Straße 14, zur Wahlstelle bestimmt werden. Die Vorzeit Tiefenbach wird für die diesjährige Wahl dem 5. die Vorzeit Siegl, dem 9. Bezirk zugelassen. Zu Mitgliedern des Gemeinderates für die Stadtverordnetenwahlen wählte der Rat am gestrigen Vortag und Dr. Stedder.

Der Kreisanschluss

Am Montag eine öffentliche Sitzung ab. Der Automatensteuer-Siedel in Dresden hatte gegen seine Verantragung am 1. September erheben. Da der Stadtrat nunmehr die Zahlungsauslage mit dem Steuerer zurückgefordert hat, er habe nicht die richtige Person angegriffen, so riet er sich das Rechtsmittel als erledigt anzusehen gewesen, wenn er nicht trocken behauptet hätte, der Steuerberleib zähle nicht zu Recht gegen seine Person gerichtet, er verlange aber aus präzisierenden Gründen Entscheidung. Nach dem gleichen kann aber über die Sache, sobald der Steuerberleib offiziell neugestellt ist, nicht mehr entschieden werden. Das Komitee wurde deshalb sofort empfohlen. — Zur Wiederholung des Hauptworts Grünzig in Niederpöhl ist vorgesehen um Übertragung der Erlaubnis zur Ablösung der Sonntags-Tanzmusik an jedem Sonnabend während der Monate April bis mit Oktober jeden Jahres wurde genehmigt, dassgleich die Sitzungen der Hora Leuchte in Pöhl und Ernthalde zum Betriebe einer Privatunterhaltungsanstalt und des Arztes Dr. Holowicz und der Person Weißpfeider-Zolomics in Hellerau zum Betrieb einer Privatunterhaltungsanstalt für niederhafte Kinder. Dem Elbalt-Heimatverband Pirna wurde die Aufnahme eines Vertrages von 800000 Mark genehmigt. — In der geheimen Sitzung standen ein Gesuch des Kurzusdirektors Stoch-Sarrasani um Erweiterung seiner Schauspielkonzession, eine Ersuchung des Direktors Förster um Herabsetzung der Mietabrechnungsumme von 30000 M. für Konzession nach § 32 der Mietabrechnungskonvention im Kurzusgebäude Sarrasani und verschiedene Steuerbefreiungen auf der Tagesschreibung.

Heimatschutz.

Eine Dresdner Lampenfabrik plant an der Elbe, in unmittelbarer Nähe des Schlosses, einen Fabrikbau mit einem mächtigen Schornstein, der natürlich das Landschaftsbild total verhunzen würde. Die Kreishauptmannschaft hatte deshalb, als ihr das Vorhaben der Firma bekannt wurde, bei der zuständigen Gemeinde Gruben unter Hinweis auf das Feuerwehrgebot die Aufstellung eines Ortsgefechts zum Schutz des Schlosses und seiner Umgebung angeregt. Der Gemeinderat hat sich aber ablehnend verhalten; er fühlt sich der Firma gegenüber zu Dank verpflichtet und dann ist er auch auf den Besitzer des Schlosses nicht gut zu sprechen, weil dieser kein Interesse gegen die Lüthenwelt zeigt. Die Kreishauptmannschaft hat daraufhin eine einstweilige Vorschrift erlassen, die den Eisenbau untersagt, aber von dem Fabrikhaber mit Refusus angefochten worden ist. Die Entscheidung des Ministeriums hierüber steht noch aus. Da die einstweilige Vorschrift ihre Wirkung verliert, wenn nicht binnen sechs Monaten ein Ortsgefecht erlassen wird, ist die Kreishauptmannschaft unter Zustimmung des Kreisamtes beschlossen, der Gemeinde Gruben den Entschluss eines Ortsgefechts aufzugeben.

Ausstellung Das deutsche Handwerk Dresden 1915.

Unter den neuesten Schriften der Beteiligung an der Ausstellung ist hervorzuheben, dass der Zentralverband Deutscher Handwerksmeister eine umfassende Kollektivausstellung im Rahmen der Ausstellung ins Auge gefasst hat. Auch der Zentralverband der Sachsischen und Thüringischen Bau-Innungen beschäftigt eine derartige Kollektivbeteiligung, um den Fehler auszugleichen, der darin liegt, dass auf der Internationalen Handwerksausstellung Leipzig 1913 wohl die Eisen- und Betonbauteile sowie die Architekten, nicht aber die Baumeister umfassend zur Geltung gekommen sind. Neben der Beteiligung der Maschinenindustrie ist hervorzuheben, dass der Verein Deutscher Werkzeugmaschinen-Fabriken, Düsseldorf, beschlossen hat, die Vereinsmitglieder nachdrücklich auf die Bedeutung der Ausstellung mit den für das Handwerk geeigneten Maschinen hinzuweisen. Die Vereinsmitglieder Kommerzienrat Dr. Neimann und Röhl gehören dem Ehren-Ausschuss der Ausstellung an. — Der Vorstand im Bauausschuss der Ausstellung in Herrn Stadtbaurat Erbwein übertragen worden.

Ortsstraßenfeste Dresden.

Der Mitgliederbestand bezifferte sich Ende August auf 141100, und zwar 80544 männliche und 6145 weibliche Verhältnisse. Anmeldungen erfolgten 18990 (1487 lediglich für die Invalidenversicherung), Abmeldungen 18500 (1606), jedoch durchschnittlich 1446 Meldeungen pro Arbeitstag zu erledigen waren. Schriftliche Eingänge sind 6182 zu verzeichnen gewesen, es waren lediglich 249 zu bearbeiten. Gezählt wurden: Krankengeld an Mitgliedern 150224 M., Familieneinstellung (für in Heilanstalten untergebrachte Mitglieder) 6346 M., Wohnummernunterstützung 19941 M., Sterbegelder 5392 M. In den Genesungsheimen der Stasse handen 196 Pfleglinge in der Dauer bis zu 3 Wochen Aufnahme, während 196 Mitglieder nach zusammen 6648 Verhältnissen die Anzahl verliehen. Von diesen Genesenden sind vollständig erwerbsfähig 160 und gebessert 27 entlassen worden. Die Zahl derbeitragzahlenden Arbeitgeber betrug am Monatsende 25671, und zwar 19864 für die Kranken- und Invalidenversicherung und 11807 lediglich für die Invalidenversicherung. Die Einziehung der Beiträge erforderte 25671 Abrechnungen. 4561 Arbeitgeber haben die Beiträge an den Zahlstellen der Kasse berichtigt und 2196 Rückständige sind zu ermitteln gewesen, bei denen in 771 Fällen das Beitragsabrechnungs-

verfahren eingeleitet werden musste. An Beiträgen für die Krankenversicherung sind 409918 M. und für die Invalidenversicherung 225962 M. zu vereinnehmen sowie für 227522 M. Beitragsmarken anzufallen getreten. Die Zahl der versicherungspflichtigen Personen für die letztere Versicherung betrug 146472, und zwar 79646 männliche und 66826 weibliche. In 229 Fällen waren Mitglieder wegen Zwölferhandlungen gegen die Vorsteher für erwerbsunfähige Kranken mit Ordnungsstrafen zu belegen und 3 Arbeitgeber wurden wegen Nichtablieferung von Beiträgen zu Geld- bzw. Gefängnisstrafen verurteilt.

Viktoria-Salon. Am 1. Oktober ist die Premiere des neuen Oktoberprogramms, in dem fast jede Rasse zum 1. Male in Dresden erscheint. An der Spitze steht die Tänzerin Frieda Gudrun Hildebrandt, später Mitglied am Königlichen Hoftheater in Berlin. Schon mit 17 Jahren erhielt die schöne Tänzerin eine der höchsten künstlerischen Auszeichnungen, den Orden der goldenen Medaille für Kunst und Wissenschaft. Das Programm, womit Gudrun Hildebrandt ihr Dresdner Debüt eröffnet, ist: aus Großmutterchen (Jugend); Papillon d'or und an der schönen blauen Donau. Weiter treten auf: italienische Verwandlung-Schauspieler Signor Crespo Lampa; ein edler mexikanisches Tanz-Duetto Tonio und Celia; eine Russentruppe Scenari; der humoristische amerikanische Drahtseilartist Sweden; der Humorist Clermont; die komischen Exzentrischen von Damme; die Tirolerinnen Silvia Baretta mit dem sonnigen Horz; der Musik-Ministrion Marzelli mit neuen Stücken; 8 Musicals mit ihren musikalischen Pantomime Louis Bass Schubertstädter und der Kino mit dem neuesten Star-Länder-Film Lehmann in der Klemme. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Karlen-Vorlesung zu ermöglichen Preisen im Postbüro, im Konditorei-Kaufhaus und den im Inserat bekannten Gegebenen Zigarettengeschäften der inneren Stadt und in den Vororten. — Im Theater-Tunnel beginnt die Vorstellung des Künstler-Ensembles Schatz 7½ Uhr und tritt von heute an zu diesem noch der bekannte Komödien-Autor Richard Trommer.

Zentraltheater. In der heutigen Abendvorstellung verabschiedet sich das gesamte Septemberprogramm; am 1. Oktober ist Premiere des Oktoberprogramms, wobei "Das Unterseeboot", die berühmte Tänzerin Tortola Valenzia und der singende und sprechende Papagei Vora erwähnt seien. Dazu kommen noch 7 weitere Varieténummern und ist für jeden Geschmak Rechnung getragen. Die Vorstellung beginnt pünktlich um 8 Uhr.

Berlethe am Alberttheater. Zur Aufzähluvorleistung Wochentags 35 Minuten vor Beginn der Vorstellung ein Wagen der Straßenbahn ab Schillerplatz wie Linie 1 über Sachsenplatz, Glacisstraße bis Albertplatz. Nach Beendigung der Vorstellung stehen an Wochentagen bis auf weiteres Straßenbahnen bereit, die direkt verkehren: nach Hauptbahnhof (über Albertbrücke, Sachsenplatz, Sibyllenplatz) und nach Plauen (über Hauptstraße, Postplatz, Chemnitzer Straße) Wagen vor der Aufzähluvorleistung in der Augustusstraße. Nach Sibyllenplatz, über Albertbrücke, Gerol- und Augsburger Straße und nach Blasewitz, Sibyllenplatz, über Albertbrücke, Gerol- und Residenzstraße) Wagen auf der Weiche am Eingang der Glacisstraße.

Unfälle. Auf dem Schloßplatz schilderte ein in den fünfziger Jahren lebender Radfahrer, ein Chaikenträger, mit einem Automobil; er wurde umgeritten und trug eine Beinverletzung davon. — Auf der Weiberstraße wurde am Sonntag nachmittag ein 7jähriger Knabe von einem Automobil überfahren und leicht verletzt. — Am vergangenen Sonntag rutschte ein Dresdner Ritterer beim Besteigen des Jungfernseljens im Schrammsteingebiete vom Ringe ab und zog sich eine Fußverletzung zu. Er wurde zunächst in der Unfallstelle des Bergsteigerclubs am Wildschönauer Steig verbunden und dann nach Dresden gebracht. — Wie man aus Ratheus meldet, ist am Sonntag nachmittag ein junger etwa 16 Jahre alter Dresdner Tourist an der "Meinen Gang" beim Gleitern abgestürzt. Die Bergung des Verunglückten gestaltete sich sehr schwierig, weil er bei dem Sturz den Fuß des Gleisens nicht erreichte, sondern in ziemlicher Höhe in einem Spalt hängen geblieben war. Zwei Mitglieder der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz in Pirna brachten dem Verletzten die erste Hilfe. Er wurde auf einer Tragbahre dem Ambulanzwagen zugeführt, wo der hinzugezogene Arzt bedeutsame Verletzungen im Gesicht sowie einen Ober- und Unterschenkelbruch feststellte.

Arbeiterkriso. Einen schweren Unfall erlitt am Montag ein jugendlicher Arbeiter der Firma Einemann in Striesen an der Kreisstraße. Die Kreisstraße, an der noch keine Staubabfuhrvorrichtung angebracht ist, war mit einem provisorischen Schuhblech verkleidet. Der Arbeiter hatte das rechte Bein auf das untere Gestell gestellt und war durch eine unglückliche Bewegung der unter dem Tisch rotierenden Säge zu nahe gekommen, so dass ihm ein großes Stück Knochen aus der Kniekehle herausgerissen wurde. — Als praktisch kann die Schuhvorrichtung nicht bezeichnet werden, weil das Blech nur ganz lose unter dem Tisch eingehängt wird, zurzeit des Unfalls lag das Blech auf dem Fensterbrett. Es kann nicht sicher genug gesagt werden, dass jugendlicher Arbeiter gerade bei Einemann an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen in Aufford und, wie in diesem Falle, ohne jede Rücksicht beschäftigt werden.

Nicht gestorben ist, entgegen unserer geirrten Meldung, das Schulmädchen Räte Beder. Das Mädchen befindet sich vielmehr noch am Leben und in Behandlung, wie uns die Eltern mitteilten.

Zu dem Raubanschlag in der Edmundstraße ist noch zu erwähnen, dass der Täter Sonntag heit und 26 Jahre alt sein soll. Der überfallene Kässierer erhielt fünf Schläge, die Verletzungen sind angeblich aber nur leichterer Art.

Tot aufgefunden wurde in vergangener Nacht auf der Radeberger Straße der Naturheilungsverein Gustav Preißner, Reichigerstraße 24, wohnhaft, neben seinem Motorrad. Nach behördlicher Aufhebung wurde der Leichnam nach dem St. Pauli-Friedhof gebracht. Preißner ist jedenfalls gestorben und hat sich dabei tödliche Verletzungen zugezogen.

Selbstmordversuch. Heute Dienstag vormittag versuchte sich ein Aufwärter der städtischen Gardeverwaltung im Grundstück Breitstraße 9 mit Leuchtgas zu vergiften. Der Feuerwehr gelang es, den Mann mittels Sauerstoffapparats wieder zum Bewusstsein zu bringen, worauf dann sein Transport nach

der Heil- und Pflegeanstalt erfolgte. Der Grund zur Tat sind ethische Streitigkeiten.

Eine Abonnementsoferte des Alberttheaters ist am Sonntag in Wöhrd oder Umgebung verloren worden. Der Finder kann sie abgeben bei Köhler, Wöhrd, Postalzstrasse 31.

Esperanto. Um die internationale Weltallgemeinsprache Esperanto auch in Dresden weiter unter der Arbeiterschaft zu fördern und zu verbreiten, beginnen jetzt wieder in 6 Stadtteilen Anfängerkurse, außerdem noch ein Jugend-Kursus in Rennstadt.

Tenographiekurse. Auch im Sozietätshaus wird, wie alljährlich, ein Anfängerkursus für Tenographie abgehalten. Er beginnt Mittwoch den 1. Oktober, abends 8½ Uhr, im Restaurant Kämpfe, Schenkerstraße 31. Der Kursus kostet Teilnehmergebühr inklusive Lehnmittel 250 M. Zur Information dient das in jeder Buchhandlung erhältliche Heft der Miniaturbibliothek Nr. 32. Auf Wunsch wird es kostenlos zugesandt und auch weitere Ausgaben erhält durch P. Mohr, Preissstraße 1, 1.

Verkehrsrechtliche Nachrichten. Zum Selbstzweckenden Director der städtischen Straßenbahnen wurde vom Rat der Vorstand der maschinentechnischen Abteilung beim Finanzministerium Baumgartner Wöhlner gewählt. — Zur Beteiligung der Stadt Dresden an der Ausstellung des Deutschen Verbands Röhr 1914 bewilligte der Rat als Beitrag zu den Kosten der Errichtung eines lädtischen Hauses ein Berechnungsgeld bis zu 18000 M. und für die Innenausstattung der für die Stadt Dresden bestimmten Räumlichkeiten ein jährliches bis zu 12000 M. — Eine neue Fortbildung- und Handwerkerfachschule soll auf dem südländlichen Vorplatz an der Wandsbekerstraße errichtet werden. Die auf 70000 M. geschätzten Baukosten schlägt der Rat vor, aus Aufschlussmitteln, die Kosten der Ausstattung dagegen aus dem Ausbaufonds zu decken.

Kinderchrysanthemum, Striesen. Morgen Mittwoch Ausflug nach Röhrsdorf, Sammeln 8 Uhr, Schillerplatz. Proviant und 10 Pf. sind mitzubringen.

Einbegräbnis-Zollwitz. Der Ausflug der Genossinnen mit den Kindern findet am Mittwoch als Tagesausflug statt. Stellen fällt 8 Uhr am Goldenen Anker. Eis zu essen und 10 Pf. mitzubringen.

Gewerbegefecht.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde eine Ringe des zuständigen Schiedsgerichts gegen die Firma Schröder aus Dresden verhängt. Der Kläger wurde von der Befragten entlassen, weil ihm der Betriebsleiter Jaeger beklagt, dass er mit einer Arbeitskraft M. in der Fabrik intim verkehrt habe. Aus diesem Grunde wurde ihm auch nicht im Zeugnis gute Führung attestiert. Schröder bestreitet das und gibt an, dass die M. mit anderen verkehrt sei, auch mit dem Betriebsleiter selbst. Es handelt sich um eine abgefasste Sache zwischen beiden, die den Zweck habe, für das Amt der M. einen Platz zu besetzen. Er sei als Chef ausgewählt. Anfolge dieser Beschuldigung wurde auch der Betriebsleiter suspendiert. Um ihre Angaben wahrscheinlich zu machen, stellten die M. und der Betriebsleiter eine ganze Anzahl Behauptungen auf, die jedoch in der Befragungnahme von den Werken genannten Zeugen nicht widerlegt wurden. Da M. und der Betriebsleiter ausschließlich sämtlichen anderen Zeugen gegenüber mit ihren Behauptungen allein da, die M. wurde ohne weiteres unterstellt gesetzten, die Angen. Zeugen dagegen berechtigt. Die Befragte beschließt sich darauf, dem Kläger die gute Führung zu attestieren.

Von der Firma Kunsthof Stengel u. Co. wurde der Steinbruder Müller entlassen. Dieser fordert daher 40,12 M. Lohnentschädigung, weil die Stellung zwar gefändert, die Rundungskraft aber noch nicht abgelaufen war. Die unmittelbare Ursache der Entlassung war eine Auslandserkundung zwischen dem Kläger und dem Kaffee. Dem Kaffee arbeitete der Kläger zu langsam und deshalb soll er ihn mit Ausköpfen gebracht haben. Darauf gesteht der Kläger gefangen haben: „Es wird wohl langsam warm?“ und „Wenn ich wohl nicht hätsche“. Diese Ausschreibungen fügt die Befragte als Bekleidung auf. Weiter bekräftigt sie, der Kläger sei betrunknen gewesen, was von diesem ganz energisch bestritten wird. Die Befragte schlägt schließlich freiwillig 15 M. Entschädigung. (Vorlesender: Gewerberichter Dr. Höhne. Unternehmer-Befürworter: Obermeister Schubert und Steinmeister Spitzbarth. Arbeitnehmer-Befürworter: Baurbeiter Schumann und Schriftsteller Nitschbaud.)

Von der Kunsthofstiftung Orla, Orla-Brauerei, wurde der Marktmeister Wach während der Rundungsfrist entlassen, weil er sich weigerte, einen mit fünf Rentnern beladenen Wagen allein über die Hofschaft zu transportieren. Er verlangte einen einen Mann zur Begleitung und forderte nur 5,62 M. Lohnentschädigung. Das Gericht hat die Frage zu entscheiden, wieviel man einem erwachsenen Marktmeister zutrauen kann, dass er selbst die doppelseitige Fahrt auf einem Wagen transportieren kann. Bei Stellung ist es möglich, dass sich der Marktmeister auf der Straße eine Hilfe nimmt und sich seine Absichten dann erweitern lässt. Der Kläger muss daher seine Lage zurückziehen.

Am 25. August wurde der erste Koch Scherzer vom Schenkwirt Städler entlassen. Da er bei freier Station 200 M. Monatsgehalt erhielt, fordert er 107,33 M. Lohnentschädigung. Nach seinen eigenen Angaben wurde der Kläger am gleichen Tage erneut entlassen. Wird er als Gewerbegefecht betrachtet, so erledigt sich dadurch eine Entschädigungsklausur. Alles Anschein nach ist er aber nach seiner ganzen Tätigkeit als höherer Betriebsbeamter anzusehen, denn er stand der Küche vor und war Vorgesetzter des gesamten Küchenpersonal. Bei der Höhe seines Gehalts müsste in diesem Falle das Gewerbegefecht unumstößlich sein. Da in diesem Falle das Gehalt während der Rundung fortzuzählen ist, zieht der Kläger seine Klage zurück, um sie beim Amtsgericht einzurichten. Der Marktmeister Wach wurde vom Steinmeister Stachow ohne Rundung entlassen. Er behauptet, es sei bei seiner Annahme über Rundung nichts bestimmbar worden und es habe darüber nichts gesagt, was die Rundung bestimmt. Der Befragte behauptet dagegen, er habe ausdrücklich gesagt, bei ihm gebe es keine Rundung. Dies wird von einer Veräußerung bestätigt und der Kläger muss deshalb keine Entschädigung fallen lassen. (Vorlesender: Hotelier Höhne und Weinhandelskönig Voigt. Arbeitnehmer-Befürworter: Marktmeister Schöne und Brauer Hirschbusch.)

Aus der Umgebung.

Bezirk Potschappel. Donnerstag den 2. Oktober, abends 1/2 Uhr, findet in der Freien Schule in Potschappel ein Feierabend statt, bestehend in Gesang, Recitation und Muß. Eintrittsgeld wird nicht erhoben, es ist also allen Mitgliedern möglich, einige gemütliche, anregende Stunden zu verleben. Die Genossen haben die Möglichkeit, ihre Frauen mitzubringen. Auch die Genossinnen und Genossen der umliegenden Bezirke sind zu diesem Abend freundlich eingeladen. Der Vorstand,

Gittersee. Den Genossinnen von Coschütz, Gittersee, Burgk, Zschirndorf, Kleinnaundorf zur Kenntnis, dass Mittwoch

den 1. Oktober, abends 9 Uhr, im Gasthof Glittersee ein Diskussionsabend stattfindet. Jahrliches Ereignis erwünscht.

Deuben. Pilzvergiftung. Der bei dem Verbands-elektrizitätswerk in Deuben beschäftigte und hier wohnende Heiger Kreisig ist am Sonntag nach qualvollem Leiden an den Folgen des Genusses giftiger Pilze gestorben. Er hatte sich die Pilze selbst geholt und hat dabei anscheinend den giftigen Knollenblätterschwamm mit echten Früchten verwechselt. Der Verstorbene ist verheiratet, Kinder sind nicht da.

Görlitz. Mittwoch öffentliche Gemeinderatsbildung im Gemeindeverwaltungssaal abends 8 Uhr.

Parteianlegerheiten.

Genosse Wilhelm Gewehr †

Genosse Wilhelm Gewehr ist gestern nacht um 11 Uhr einem langjährigen Leben erlegen. Er erreichte ein Alter von 65 Jahren. Genosse Gewehr war 22 Jahre leidender Abgeordneter des Oberholzbergs im Reichstag und lange Jahre Reichstagskandidat im Wahlkreis Essen. Er hat sich um die Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen große Verdienste erworben.

Die Sozialisten Japans zu Webeis Tod.

Aus Japan ging dem Vorsitzenden folgendes Schreiben zu:

Tokio, 6. September 1913.

Liebste Genossen Deutschlands!

Wir haben in den japanischen Zeitungen die telegraphische Nachricht gelesen, daß der von uns hochachtete Hauptführer der deutschen Sozialdemokratie, Herr Webe, so unvermutet früh verschieden ist.

Wir sind über seinen frühen Tod sehr traurig, und auch und im fernsten Orient trifft der große Verlust schmerhaft. Es ist uns, als ob ein helles Licht erloschen sei! Aber wie sehen seine fähige Arbeit ewig bestehen, und sein 60-jähriges unermüdbares Wirken für den Sozialismus gleich fruchtbar und leger voll, wie es das unseres Marx gewesen ist.

Untere noch unentwölkte japanische Organisation, die noch immer mit der Feindschaft der Regierung zu kämpfen hat und sich noch keine öffentliche Position schaffen konnte, hat als Erstes einer öffentlichen Trauerfeier in geschlossener Sitzung den Anhängen des großen Mannes gebührt und beklungen, den Genossen im Deutschen Reich den Ausbruch aufrichtiger Teilnahme und herzlicher Sympathie für die großen Ziele der Partei zu übermitteln.

Mit brüderlichem Gruß, die trauernden Genossen Japans.

J. A. Dr. med. T.

Die Organisationen zum Parteitag.

Der Sozialdemokratische Verein für Erfurt hielt am Montag abend eine gute gut besuchte Mitgliederversammlung in der bis Genossen Reichstagsabgeordneten Heinrich Schulz (Berlin) und Parteisekretär Wilhelm Apel (Erfurt) Bericht vom Jenaer Parteitag erstatteten. Genosse Heinrich Schulz behandelte vor allem die Haltung der Fraktion in der Redungssitzung. Er vertrat die Auffassung, daß die Fraktion unter dem Zwange der Verhältnisse die Taktik eindringen müsse, wie sie es geschehen habe. Die Debatte hielten auf dem Jenaer Parteitag keiner Rücksicht gesetzt gewesen, denn es hätten auch Anhänger der radikalen Seite für die Taktik der Fraktion gestimmt, und der Parteitag habe sein Siegel darauf gestempelt. Der Parteitag war die Konzentration aller Kräfte der Partei, nicht zum Kampf in der Partei, sondern zur gemeinsamen Abwehr der Reaktion und zur Erfüllung neuer Rechte und Vorteile für das Volk. — Der zweite Sekretär, Genosse Apel, summte im allgemeinen diesem Urteil zu, widersprach aber der Haltung des Genossen Schulz in der Redungssitzung. Die Fraktion habe allerdings gegründet, mit ihrer Taktik ihre Pflicht zu erfüllen. — Den gleichen Standpunkt vertreten Genosse Paul Reichhans und Prager, während die übrigen Redner, Richard Friederich, Vorstand der Verlins und Sekretärsekretär H. Schneider, die Haltung der Fraktion befürworteten. Zum Schluß der langen Debatte wurde einer Resolution zugestimmt, in der die Genossen aufgefordert werden, im Sinne der Parteitaktik zu handeln. Der Reichstagsstaatsrat wurde das Votrennen dadurch ausgedrückt, daß die Resolution ihren guten Absichten bei der Abstimmung über die Redungsvorlagen anerkannt. Jedoch wurde gemündigt, daß die Partei bei der Bekämpfung des Militarismus die alten Mützenlinien innehalte.

Im Sozialdemokratischen Verein Mühlhausen i. Th. erhielten am Montag abend der Parteitagsdelegierte Wirth über die Tagung in Jena einen Bericht, den der Reichstagsabgeordnete Ermel ergänzte. Nach längerer Diskussion, in welcher die Mehrzahl der Redner den von den beiden Referenten vertretenen Standpunkt der Parteitagsminorität in der Massenstelle und den Steuerfrage billigte, wurde einstimmig diese Resolution angenommen:

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Mühlhausen nimmt anerkennendes Amt von dem Eintritt des Delegierten und des Abgeordneten des Kreises Mühlhausen auf dem Parteitag zu Jena für die Vorbereitung von Massentreffen zur Erörterung der politischen Macht und für die konsequente Ablehnung aller Kredit- und Steuerforderungen zu militärischen Rüstungszielen im Parlament.

Die unverkennbare Verstärkung der Klassen, wie der Partei gegenüber durch die Sprungshofft wachsenden Ansprüche des Imperialismus auch für jeden Parteigenossen und jeden Arbeiter ein ständiger Anlaß sein, in Arbeitnehmern kommenden Kämpfe nun noch unermüdlicher zu wirken für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und für die Stärkung der Arbeiterkraft.

Warnung vor Auswanderung nach San Francisco.

Der deutsche Zweig der Sozialistischen Partei von Nordamerika in San Francisco hat die folgende Resolution angenommen und empfiehlt sie deutschen auswanderungswilligen Genossen zur Beachtung.

Im Erwähnung, daß durch zahllose glänzende Artikel in sozialistischen Blättern über die kommende Weltausstellung in San Francisco Tausende von Arbeitern sich verlässt, in der Hoffnung auf lohnende Beschäftigung bei den Vorarbeiten zur Ausstellung nach San Francisco zu kommen, und in weiterer Erwähnung, daß die Arbeiten auf dem Ausstellungsgelände mit sehr langsam vorwärts schreiten und von dem großen Heer der Arbeitslosen, das sich heute schon in San Francisco befindet, auch bei bedeutend größerer Nachfrage nach Arbeitskräften nur ein kleiner Bruchteil Beschäftigung finden würde, beschließt die deutsche Branch San Francisco der Sozialistischen Partei, alle deutschen Arbeiter im Osten der Vereinigten Staaten und in der alten Heimat vor Zugang nach San Francisco zu warnen.

Und beschließt ferner, diese Resolution den deutschen Parteiblättern zur Veröffentlichung und dem County Central Comittee und dem fremdsprachigen Partei-Bundes von San Francisco zu ähnlichen Maßnahmen zu übertragen.

Ein Aufruf der deutschen Branch S. v. San Francisco
Erwin Sudde, Sekretär
III. Abteilung St.

Aus aller Welt.

Das Urteil in der Belegschaftsfrage bei der Dresdner Bank.

Berlin, 29. September. Kaufmann Weißauer und Rosenbauer Thiel, letzter seit 24 Jahren bei der Dresdner Bank, wurden heute von der 11. Strafammer des Landgerichts Berlin I wegen des gegen die Dresdner Bank verübten Betrugs — sie liegen sich durch geschäftliche Quittungen und Entwendung von Kontrollmarken 30 500 M. an der

Rolle auszahlen —, wegen schwerer Betrugsforschung und Betrugserstörung zu 1 Jahr 2 Monaten, Thiel zu 2 Jahren 1 Woche Gefängnis verurteilt. Der Mitangeklagte Handlungsberechtigter Karl Hartig, der gegen das Versprechen, 600 M. zu erhalten, das Geld an der Kasse eingezogen hatte, wurde freigesprochen, da der Sekretär der Kasse selbst geholt und hat dabei anscheinend den giftigen Knollenblätterschwamm mit echten Früchten verwechselt. Der Verstorbene ist verheiratet, Kinder sind nicht da.

Gotha. Mittwoch öffentliche Gemeinderatsbildung im Gemeindeverwaltungssaal abends 8 Uhr.

Wortversuch und Selbstmord.

Berlin, 29. September. In der Osterreicherstraße spielt sich heute mittag eine blutige Revolveraffäre ab. Der Gartler Hermann Oberholz schoß in der Rondellvorstadt von Hofg. Vor. Osterreicherstraße 27, seine Geliebte, die hier beschäftigte Hedwig Martin, nieder. Auf der Flucht verletzte er den ihn verfolgenden Ronditor durch einen Streifschuß und erschoß sich dann. Es handelt sich um eine Eigensucht.

Wortversuch und Selbstmord.

Surz Breslauer Sittenaffäre.

Breslau, 29. September. Die Breslauer Sittenaffäre hat abermals eine Verhaftung zur Folge gebracht. Es handelt sich wiederum um einen qualvollen Handwerker, einen unverheirateten Mann, der gestern von einer siebenwöchigen Verbrennung nach Breslau zurückkehrte. Er ist die zweite und dreizehnte Person, die in dieser Angelegenheit in Haft genommen wurde.

Großfeuer.

Obernburg, 29. September. Heute mittag brach um 1 Uhr in Obernburg (Main) ein Großfeuer aus, dem nachmittags 4 Uhr neun Wohnhäuser und mehrere Scheunen zum Opfer gefallen sind. Der Brand dauert noch fort, so daß er sich noch weiter ausbreiten dürfte.

Sonneberg. Am benachbarten Hönbach brannte heute nachmittag durch Unvorsichtigkeit von Kindern Feuer aus, wodurch 7 Bauerngehöfte eingeschädigt wurden.

Wohlfahrtburg. 29. September. Seit 4 Uhr nachmittags steht ein großer Teil des Städtchens Wohlfahrtburg a. N. in Flammen. Bisher sind 16 Gebäude eingeschädigt worden.

Ein Sägewerk niedergebrannt.

Wohlbach. 29. September. Das Sägewerk von Johann Wohl ist in der Nacht zum Sonntag völlig eingeschädigt worden. Vieleswertvolle Holzbearbeitungsmaschinen sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Die Feuerwehr mußte sich darauf beklagen, das benachbarte städtische Schlachthaus und das Wohnhaus des Sägewerksbesitzers zu schützen.

Beim Neberschreiten der Gleise getötet.

Werdingen. 29. September. Im benachbarten Stratum wohnten gestern abend um 10 Uhr ein Mann und eine Frau das Gleis der Rheinischen Bahngesellschaft überquerten. Sie wurden von einem Zug erfaßt; dem Manne wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt, so daß der Tod sofort eintrat, die Frau wurde so schwer verletzt, daß an ihrem Austritt gegeworfen wird.

Westerwälder Nord an einem Chauffeur.

Bern, 29. September. Am Sonnabend vormittag wurde der Chauffeur Erni Hebler, der im Automobil zwei unbekannte Herren durch den Brautgartenvall in der Nähe der Stadt führte, von diesen meuchlings erschossen. Die Leiche, die ganz ausgezerrt war, wurde erst gestern im Walde entdeckt, neben dem Motoromagn. Die Räuber hatten es augenscheinlich auf diesen abgesehen, werden aber durch einen Motorfehler verhindert, ihn wegzu führen. Der ermordete ist 28 Jahre alt, verheiratet und Vater von vier Kindern.

Per.

Petersburg. Nach einer Meldung des Gouverneurs von Kirchen soll in einer Ortschaft bei Talsdorf im Gouvernement Saratow zwei pestbedingt Erkrankungen mit tödlichem Ausgang vorgekommen sein.

Cholera.

Wien. 29. September. Im Spittel (Solln) ist ein weiterer Cholerafall mit tödlichem Ausgang vorgekommen.

Veranstaltungen.

Bureauangestellte. In der Mitgliederversammlung am 17. September gab Kollege Schreiber den Bericht über die Verhandlungen des Bezirkstages vom 13./14. September. Kollege Stiebel berichtete hierauf näher die Verhandlungen betreffend Krankenfassungsstellen. Den Bezirkstagen schloß sich eine äußerst rege Debatte an. Für die bevorstehenden Wahlen zu den Krankenfassungsausschüssen werden Schreiber als Vertretermann, Stiebel als Erfragter vorgeschlagen. Die Versammlung nahm noch zu dem vom Generalratshof gehaltenen Beschuß wegen Richtungsschrift verloren, gezogener Heitragdmarsch Stellung. (Eing. 24/2.)

Deutscher Holzarbeiterverband. (Waldbrande.) Eine gut besuchte Versammlung der Dresdner Waldinstrumentenarbeiter fand am 17. September im Dresdner Volkshaus. Kollege Huff, Hamburg sprach über: Wie werden die Interessen der Instrumentenarbeiter im Deutschen Holzarbeiterverband gewahrt? Nach langer Debatte gab Stiebel noch ein Bild über die Verhältnisse der Elbtafel Steinweg u. Sonn in Hamburg. Im Jahre 1910 ging dort ein Kampf verloren, da die hirschniedersächsischen 300 Streitkräfte besiegelt wurden, daß die Macht der Hirte dort gebrochen ist. Dann stieß Kollege Stiebel nochmals den Beschuß wegen Arbeitsvermittlung zur Kenntnis. Die Sektionsleitung erwartet, daß jeder Kollege dem Beschuß Geltung verschafft. Mit dem Hinweis lautet auf die kinematographischen Vorführungen im Altkönigspalast schloß die Versammlung. (Eing. 24/2.)

Arbeiterturner. Am 21. September fand die 4. Bezirksturneralmung statt. Unter Mitteilungen gab der Bezirksvorsteher bekannt, daß die den Vinzenz und Isidorwitz entstandenen Kosten anlässlich der Rückkehr der Delegierten des Genossenschaftstages zurückgestellt seien. Viele Vereine hatten Wasserspenden und Verspeisung ausgeführt. Von den gegen Mitglieder des Sportvereins in Laubegost ausgesprochenen Rüge wird nichts zurückgenommen, auch wird der Ausschluß eines Mitgliedes wegen Disziplinarwidrigkeiten hingegen aufrecht erhalten. Es ist den Vereinen dringend angeordnet, bei kommenden Fällen zunächst die Gruppenvertreter zu informieren. Turnieresse Erfurt, früher in Weinböhla, hat den Vorzug in Gruben übernommen. In verschiedenen Orten besucht man immer wieder den Fortbildungsschülern das Turnen zu

verdanken, doch hat man nirgends Glück damit. In einem Ort mühten in der Schule die Fortbildungsschüler, die im Arbeiterviertel sind, aufzutreten. Als auf drei Stunden alle auf, Paul! war darunter die Antwort des Fratzellers und hinaus war er zum Kloßzum. Die Vereinsvertreter sollen alle Fortbildungsschüler sofort den Gruppenvertretern melden, wiederholte haben die Vereinsvertreter nicht den richtigen Weg festgestellt. Der Mitgliedsberband der geistlichen Vereine geht momentan in den Städten zurück, wie die vor-

herigen Jahresberichte zeigen, trotz der vielen Subventionen, trotz der vielen Agitation unter den städtischen Angestellten. — Zum Beispiel haben sich drei neue Vereine gemeldet: Göddy, Bergholz, Göppig; ausgetreten ist der Fußballclub Streben, die Mitglieder konnten sich der Erbahrung im Arbeiterturnerbund nicht länger und da ist es besser, sie gehen davon, wo sie eingebettet. Die Arbeiterturner wollen in jedem Kontakt mit den Arbeitern dastehen und da dienen

— alle Fußballspieler sollen sich das gesetzte feste lassen — nicht Dinge getrieben werden, die das Spiel- und Sporttreiben der Arbeiterturner bei der Arbeiterschaft in Wichtigkeit bringen. — Die 1. Gruppe feiert am 4. Oktober ein Staatsfest und hört am 12. Oktober einen Spieltag ab. In der 2. Gruppe sind zwei Frauenabteilungen (Mutter- und Oberpfälzer) gegründet worden. In Tharandt halten Radfahrerfahrten statt, die Blagwerte aufgehängten Girlanden geschmückt, die Blumenkästen halten einige Biergäste fertig gehakt, darunter auch der Sohn eines Stadtverordneten. Ebenso die 3. Gruppe. In Dobitz und Döllnau sind Frauenabteilungen gegründet worden. Die 4. Gruppe hat ein gut verlaufenes Turnfest abgehalten. Ebenso die 5. Gruppe. In Dobitz und Döllnau sind Frauenabteilungen gegründet worden. Die 6. Gruppe hat auch ein Turnfest abgehalten, der Verlauf ist aber weniger befriedigend. Die 7. Gruppe hat gegen die ihr auferlegte Strafe, die sie wegen unerlaubten Umzugs erhielt, sowie gegen die Behandlung im Straßenbereich protestiert. In der 8. Gruppe ist das Turnfest auch nicht befriedigend ausgetragen. Der Neukuhn Verein befindet sich in einer mittleren Lage. — Die Gründungslistungen an die Bundesverwaltung gaben in zehn Fällen Veranlassung zur Beamtsanstellung. — Von 31. Oktober an findet ein dreitägiger Turnwartskurs statt. Jeder Verein muß denselben durch einen Blatt bestätigen. Eine erhebliche Menge erhalten alle die Vereine, die dieser Veranstaltung kein Interesse bezeigen. Die entstehenden Kosten für den Verlust werden durch Abgabeverfahren ausgebracht. Rücksicht Sigmaring im November. (Eing. 25/2.)

Briefkasten.

B. W. Südwietz. Die Anfügung der Gruppenstiftung gehört in den Interessenten.

Vereinskalender für Wittenbach.

Dresden-Stadt und Vororte in der Tonhalle, Neustadt, abends 9 Uhr. Waldorf im Gasthof, abends 8½ Uhr, Volk- und Wählerversammlungen.

Bauarbeiterverband Dresden. Abends 8 Uhr Bezirkversammlungen für Altstadt im kleinen Volkssaal, Streifen im Sächsischen Prinzen, Schandauer Straße, Pfeischen im Restaurant Grundstein, Leipziger Straße.

Metallerbeiterverband Dresden II. Abends 8½ Uhr Vertrautemännerverksammlung in der Roten Schule, Löbtau.

Arbeiter-Seniorenabgraben. Abends 8½ Uhr Kursusfang in Restaurant Kampfe, Wernerstraße 88.

Teleph. 14.880 [A88] Linien 5 u. 7

Tymians Thalia Theater!
Görlitzer Str. 6 Ab. 8 Uhr 20 Samt. 3 Vorstell.
Sonntags 11 Uhr Fidelis Frühstück m. Vorstellung, 15, 25 u. 50 Pf.
Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind 50 Pf. Damenkaffee!
Vorstellungskarten Vorabtag s. Sonntags nach. gültig.

Der neue steife Hut



von der jetzigen Mode begünstigt, in unseren unerreichten

— Spezial-Preislagen —

Marke „Fortschritt“ . . . Mk. 2.80

Marke „Luxopol“ . . . Mk. 3.50

Marke „Primax“ . . . Mk. 4.00

Marke „Strahuba“ . . . Mk. 5.50

Straßburger Hut-Bazar

Wettinerstraße, Ecke Zwinglerstr.

</div



Wir machen speziell darauf aufmerksam, daß wir in Dresden nur ein Geschäftshaus Herzfeld, am Altmarkt besitzen und an anderen Unternehmungen nicht beteiligt sind.

In dieser Woche!

In dieser Woche!

Grosser Extra-Verkauf!

Strümpfe

Kinderstrümpfe

Reine Wolle, engl. lang, fein gestrickt, in schwarz, lebet oder weiß	Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1
1.40 1.30 1.20 1.10 1.00 90 80 70 60 pf.	
Reine Wolle, Baumwolle, stark gestrickt	
Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1	
1.25 1.15 1.05 95 85 80 70 60 50 pf.	

Damenstrümpfe

Reine Wolle, gewebt, engl. lang, schwarz und lebetfarbig	Paar 1.55, 1.25, 95 pf.
schwarz und viele Farben	20
Reine Wolle, apart gestrickt oder mit farbigem Gebettgewebe	1.45
Paar 2.45, 1.75, 1.45	
Reine Seide, feines Roussettengewebe, schwarz und viele Farben	1.90
halbare Qualität	
Baumwolle, härtere Leibergangs-Qualität, schwarz und farbig	1.10, 75, 55 pf.

Herren-Socken

Wollhaltige, weiche Qualitäten in grau, beige und engl. meliert	Paar 85, 65, 45 pf.
BeineWolle, gewebt, einsfarbig ob. bunt gemustert	Paar 1.25, 95, 75 pf.
Kamelhaar, weiße, feine oder starke Qualität	Paar 1.55, 1.10, 95 pf.

Trikotagen

Trikot-Oberhemden	sparte neue Bluse imit. weiß und gelb 1.45
Trikot-Oberhemden	Wigogne imitierter oder wollhaltiger Winterqualität, Stoff 2.75, 2.25, 1.95
Trikot-Herrenhemden	wiehe Wigogne, imitierter oder solide wollhaltige Qual., 2.50, 1.85, 1.65
Herren-Hosen	Stoff 2.20, 1.65, 1.10
Herren-Unterjacken	Wolle, gelb, weiß, farbig, Stoff 1.95, 1.25, 1.15, 95, 80, 70, 60, 50 pf.
Damen-Unterjacken	Wolle, gelb, beige, weiß Stoff 1.95, 1.45, 95 pf.
Damen-Unterhosen	Wolle, gelb, weiß, farbig, Stoff 1.95, 1.45, 95 pf.
Damen-Unterhosen	Wolle, gelb, weiß, farbig, Stoff 1.95, 1.45, 95 pf.
Korsettschoner aus Wolle	gestrickt, farbe über lange Kermel 65 pf.
Damen-Hemdshosen	gestrickt, m. ohne Kinn, Stoff 1.95, 1.65, 1.35

600 Stück Damen- und Kinder-Reformbekleidung
mit kleinen Fehlern, Trikot, innen geraut, in marine ob. grau Stoff 1.95, 1.75 1.55

Wollwaren

Blusenschoner	reine Wolle in weiß . . . Stoff 1.45
Blusenschoner	Handarbeit - Nachahmung im weiß und aparten Farben . . . Stoff 3.90
Golfblusen	reine Wolle, Strickstoff, viele Farben Stoff 7.90, 6.50, 4.90
Damen-Strickwesten	farbig oder farbig, 3.45, 2.25, 1.00
Sportlätze	Baumwolle, Wolle oder Seide, Stoff 1.25, 95, 80, 55 pf.
Velour-Umschlagtücher	reine Wolle, volle Größen neueste Farbenstellung Stoff 8.50, 5.45, 3.90, 2.40
Kinder-Sweater	farb gestrickt, farbig mit buntem Stringen, + Größen . . . Stoff 95 pf.
Kinder-Sweater	Wolle, in aparten Farbenstellungen, + Größen . . . Stoff 3.60, 3.25, 2.90, 2.40

Handschuhe

Damen-Trikothandschuhe	leicht angerauht, 2 Druckknöpfe, farbig, gelb, weiß, schwarz Paar 75, 60, 45 pf.
Leder imit. Übergangshandschuhe	2 Druckknöpfe, beige, grau, braun, gelb, schwarz Paar 95, 75, 60 pf.
Mochaleder-Imitation	In Qualität, best. Verarbeitung, eleg. Aussehen, Straßenfarben u. schwarz Paar 1.95, 1.45 1.00
Schwedisch-Leder-Ersatz	mit halb. Rüster, 2 Druckknöpfe, farb u. schwarz Paar 1.25, 85, 55 pf.
Seidenflor	mit rundenförmigen Ringen, halb. Rüster, Oberflächendekor, farbig und schwarz . . . Paar 95 pf.
Lange Damenhandschuhe	mit Rautenmusterfläche, schwarz, farbig Paar 75 pf.
Rundstuhl	glatte Hand, zum durchstoßen, Zwirn, in weiß und farbig Paar 1.00
Herren-Handschuhe	in zwei oder drei farben imit., in Straßenfarben Paar 1.10, 75, 55 pf.

Mehrere Hundert Paar

Damen- und Herren-Stiefel

in allen Größen
in schwarz u. braun

Serie II Jedes Paar nur 9 25

Serie I Jedes Paar nur 7 50

In allen möglichen Formen und Ausführungen
= Einzelpaare und Lagerbestände =

Regulärer Wert ganz bedeutend höher



Imit. Kamelhaarstoff-Schuhe

mit Filz-, Beaver- und Vlieslederoberteil für Damen 95 pf.
Größe 42-42, 65, 1.65, 1.45 pf.
für Herren 48-47 . . . 2.05 und 1.95



Imit. Kamelhaarstoff-Schnallen-Stiefel

mit Filz- und Lederoberseite in halbseiter Qualität für Damen 1.65 pf.
Größe 20-29 . . . Paar 95 pf.
Größe 35 35 Pf. Größe 21 21 Pf. Größe 24 24 Pf.
48-47 3 38-42 2 30-35 2



Filz-Schnallen-Stiefel

mit Filz- und Lederoberseite für Damen 1.95 pf.
Größe 20-42 . . . 2.65 pf.
für Herren 48-47 . . . 3.65 und 2.50



Leder-Hauschuhe

braun und schwarz mit oben ohne Knopfleiste mit Winterfutter, für Damen 2.75 pf.
Größe 20-42 . . . 3.75 pf.
für Herren 48-47 . . . 4.75 und 3.75



Filz-Schnallen-Stiefel

mit kräftigem Lederbefüllung, festes Lederoberseite und Edelstahlspitze, Größe 22-29 2.25 pf.
Größe 42-47 3 38-42 2 30-35 2

In Dresden „frei Keller“ ohne Aufschlag f. Trägerlohn.

Abteilung: Brennmaterialien

In Dresden „frei Keller“ ohne Aufschlag f. Trägerlohn.

Braunkohlen

Ia. Brucher (Oliegger) Pfeil glanzloch . . . 1 hl 1.00
Ia. Brüder oder Maria Scheiner . . . 1 hl 1.25
Ia. Elsenberger Glashütte, beliebte Handbrandlochle, 1 hl 1.20
Ia. Sächsische Braunkohle, 1 hl 90 pf.

Braunkohlenbriketts

Niederausitzer Salinenbriketts: 1.25
I. Klasse (Anfer), Reiher 1/2 10.00
„Gulfan“ . . . 1000 Stoff 2.00
Niederausitzer Hasselbriketts:
I. Klasse Unter-Clara, Elsia . . . 1.81
beis. Glück. Reiher . . . 1 hl 1.90
II. Klasse (Krone) . . . 1 hl 1.90

Steinkohlen

Oberflöhlisch Ruth Ia. 1 hl 2.20
Döhlener Pluto ob. Deutsch. 2.00
Limb. Würfel II . . . 1 hl 1.80
Sangerhauser Ruth (Glück auf u. König Carol), 1 hl 1.80
Anthrazit
Ia. engl. Sunfire Big Vein . . . 2.00
Haubstiel, sortiert . . . Stoff 2.00

Koks

Ia. Hütten Ruthlofs . . . 1 hl 1.75
Dresdner Waldenthal-Ruth, gebrochen . . . 1 hl 1.50
Dresdner Gladenthal-Ruth, grob . . . 1 hl 1.40
Steinkohlen-Briketts aus den Burgwerken, 1000 2.15
= 20.00, 600 = 10.25, 100 2.15
Ritterhütte, sortiert . . . 1 hl 1.75

Holz, Kiefern

flach gespalten in Ringen, 1 Ring 1.00
flach gespalten . . . 1 cbm 14.40
Schwarten in Gebunden, 1 Gebund 25 pf.
Schwarten in Gebunden, 1 Schod à 60 Gebund 13

An unserer Theater-Kasse:

Sarrasani-Theater (Circus Sarrasani Direktion Paul Förster)

Haloh! Die große Revue

Preise der Plätze:

Krembenloge	2.50	Barfett	1.50	1. Bild	1.00	Ritterhütte	0.80
Logenloge	2.00	Manegeparfett	1.50	2. Bild	0.75	Ballon	0.60
Mittelparfett	1.50	1. Bild, Witte	1.00	2. Bild	0.75	Galerie	0.60

[A. 87]

Wahnsdorf.

Mittwoch den 1. Oktober 1913, abends 8½ Uhr

Volks- u. Wähler-Versammlung

im Gasthof Wahnsdorf.

Tages-Ordnung:

Die Reichstagswahl im 4. Kreise.

Referent: Reichstagskandidat **Wilhelm Buck.****Debatte.** **Gutrat und Abstimmung für alle über 18 Jahre alten Personen.**
Arbeiter, Handwerker, agitieren alle kräftig für die Versammlung!

[V 13]

4. Kreis. Gruppe Zitzschewig

Mittwoch den 1. Oktober, abends 9 Uhr, in Starkes Restaurant

Gruppen-Sitzung.

Das Erscheinen aller Parteigenossen ist wegen außerordentlich wichtiger Angelegenheiten betreffs der Reichstagswahl dringend notwendig. [V 14] Die Gruppenleitung.

Soziald. Verein Dresden-Alst.

Freitag den 3. Oktober, abends 8½ Uhr

Gruppen-Versammlungen

1. Gruppe: **Restaurant Burgkeller**, Büdenhof 1
1813 bis 1913. Referent: Genosse Größig.2. Gruppe: **Restaurant Starke**, Böllnitzerstraße 35
Geschichte der Nationalliberalen. Referent: Genosse Niggie.3. Gruppe: **Adams Restaurant**, Paulsstraße 16
Die Arbeitslosentilgung. Referent: Genosse Hänsel.4. Gruppe: **Braunschweiger Hof**, Freiberger Platz
Untersuchungen im Orient. Referent: Genosse Neher.5. Gruppe: **Dresdner Volksbank**, Rübenbergstraße
Ökonomische Ausschauungen im Wandel der Zeiten.
Referent: Genosse Dr. Sachs.6. Gruppe: **Restaurant Voermann**, Schnorrstr. 62
Vorlesung.7. Gruppe: **Sport-Ecke**, Pfotenhäuserstraße 27
Die Arbeit, Bevölkerung und Wehr deckelten. Referent:
Genosse Küller.8. Gruppe: **Restaurant Rühmel**, Zwingerstraße 31
Christentum und Sozialismus. Referent: Genosse Knefe.Vorstandsbereicht. — Diskussion.
Der Vorstand.

Mitgliedsbuch ist vorzulegen. [V 23]



Esperanto!

Beginn neuer Lehrkurse:

Dienstag den 30. September
in Neustadt im Restaurant Wiedel, Schönbrunnstraße 1
in Striesen im Restaurant Schlüterhof,
Ecke Schandauer u. Schlüterstr.Mittwoch den 1. Oktober
in Altstadt im Volkscafé, Böllnitzerstraße 10Donnerstag den 2. Oktober
in Striesen im Restaurant Ruhm, Ecke Wohl und Marktstraßein Löbtau im Restaurant Schillinghof, Ecke Neubrücke u. Schillingstr.
Beginn der Kurse in sämtlichen Sälen abends 8½ Uhr.

Kursus kostet 3 Mark einschl. Rehebung.

Der Jugend-Kursus beginnt für Jugendliche im Alter von
12 Jahren am Sonntag den 5. Oktober in Wiedels Restaurant, Schön-
brunnstraße, vorwiegend 10½ Uhr. [B 2822]Arbeiter! Lohnt euch nicht als Verkaufskaninchen für wertlose
Sprachobjekte gekauft, sondern lernt das in über 65 Nationen
verbreitete, leicht erlernbare Esperanto. (Siehe heutige Stadtchronik.)

German Esperanto esperantista Asocio (District Dresden).

Königliches Opernhaus

Mittwoch den 1. Oktober.

Der Schmuck der Madonna

(I Giojelli della Madonnina)

Oper in drei Akten von Francesco Wolf-

Jenaro

Musikalische Leitung: Generalmusikdirektor

Dr. Schach

Carmen, ihre Mutter : Greta Müller

Mafalda : Eva Glitschka

Rofane, Schöne der La-

uere : Sophie Storch

Diefo, Schreiber : Hans Albers

Cecilia : Camerone

Nora : Lotte Lehmann

Stella : Minnie

Concerto : den Kritis

Serenata : der Cavaillé

Lotte Lehmann

Tosca : Eva Groß

Eine Blumenstraußoper : Anna Jurasch

Ein Maffalodestheater : Robert Stolz

Ein Bilder

Die Maffalodestheater

Buntfeste

Eine junge Bäuerin

Gretchen

Untersberg 8 Uhr. Ende nach 10½ Uhr.

Dienstag: Salome, Drama in einem

Akt, Musik von Richard Strauss. [B 1252]

Freitag: 1. Sinfoniekonzert, Seite A. [B 1252]

Carmen, ihre Mutter : Greta Müller

Mafalda : Eva Glitschka

Rofane, Schöne der La-

uere : Sophie Storch

Diefo, Schreiber : Hans Albers

Cecilia : Camerone

Nora : Lotte Lehmann

Stella : Minnie

Concerto : den Kritis

Serenata : der Cavaillé

Lotte Lehmann

Tosca : Eva Groß

Eine Blumenstraußoper : Anna Jurasch

Ein Maffalodestheater : Robert Stolz

Der Sinnungsgruß : Robert Stolz

Die Welt will betrügen werden

Desme, Kammerdiener : Hanna Stöber

Donna, kleine Jean : Agnes Diessner

Dr. Otto Albert Kopf.

Ein Maffalodestheater : Walter Zip

Ein Schauspiel

Ein Bilder

Ein Maffalodestheater : Robert Stolz

Ein Mohr

Ein Engländer

Eine Engländerin

Eine Magd

Die Schauspieler

Die Schauspielerin

Die Sch

Handel und Industrie.

50 Jahre Burgstraße.

Der 28. September 1913 ist für die Berliner, darüber hinaus aber auch für die gesamte deutsche Bank- und Handelswelt ein interessanter Gedenktag gewesen; waren doch an diesem Tage 50 Jahre verflossen, seit unter Entfaltung großer Feierlichkeiten der noch heute bestehende, inzwischen vielfach erweiterte große Börsenbau in der Burgstraße eingeweiht worden ist. Bis dahin hatten der Reihe nach verschiedene provisorische Gebäude den täglichen Versammlungen als Sitz dienen müssen. Die ersten Zusammenkünfte, die sogenannten „Kongressversammlungen“, fanden bereits seit dem Jahre 1761 statt und spielten sich an der Stiehbaum in dem Verfassungshaus der Materialisten und Manufakturisten ab. Eine eigentliche Wertpapierbörsé konnte man diese Zusammenkünfte natürlich nicht nennen, weil Aktiengesellschaften, deren Anteile heute den Hauptbestandteil des Börsengeschäfts bilden, damals noch nicht bestanden. Vielmehr beschränkte sich das Geschäft auf den Handel in Wechseln und Geldsätzen, der damals, als noch jedes deutsche Ländchen und die vielen Reichsstände — ganz abgesehen von den fremden Völkern — ihr eigenes Geld prägten, recht lohnend war. Später tagten die Versammlungen in einem der Kaufmannsschulen zur Vergnügung gestellten unbewohnten Palais im Königlichen Lustgarten.

Als 1861 die neue Berliner Börse, ein Werk des Bau- rats Hiltig, gebaut wurde, stand Berlin als Börsenplatz eigentlich noch in den Anfängen seiner heutigen Bedeutung. Der Kurszettel war noch nicht sehr umfangreich, die Befähigung des Geschäftes hatte unter dem Druck der erst 1860 aufgebrachten Beschränkungen und Verbote betreffend den Handel neuer Wertpapiere gelitten und auch die starken politischen Unruhen der Zeit, insbesondere auch die vorangegangene österreichische Finanzkrise machten zur Zurückhaltung. An Bedeutung und Einfluss stand damals Berlin zweifellos noch hinter der älteren und kapitalstärkeren Börse von Frankfurt a. M. zurück. Indes setzte gerade zu dieser Zeit ein unverkennbarer Aufschwung ein, der zum großen Teil durch die gewaltige Entwicklung des Eisenbahnbewegens, die in diese Jahre fiel, und die sowohl der Industrie durch Ausführung von Befestigungen, als auch dem Börsengeschäft durch Schaffung zahlreicher neuer Aktiengattungen lebhafte Anregung abwarf, eingeföhrt wurde. Die kommenden Jahre brachten zwar mit ihren kriegerischen Ereignissen der Berliner Börse manchen schweren Schlag, der ungeheure Kursabschüttungen brachte, trugen aber durch die preußischen Siege und das Anwachsen Berlins zur Weltstadt die Stellung Berlins als Börsenplatz wesentlich. Das Jahr 1866 verließ besonders lebhaft; während der Zeit der preußisch-österreichischen Kriege fielen die 4%igen preußischen Aktien in der Zeit vom 15. Februar bis 16. Juni von 100% Proz. auf 78 Proz., die meisten

Bankaktien fielen um 30 und die Eisenbahnaaktien um 50 bis 70 Proz. Im Dezember war jedoch schon wieder die Erholung eingetreten. Bis zum Jahre 1870 nahm dann die aufsteigende Entwicklung ziemlich ungehört ihren Fortgang. Zum Anfang des Jahres noch war die Unternehmensluft recht groß, viele Aktiengesellschaften, darunter die Deutsche Bank, wurden gegründet. Im Sommer kamen dann für die Berliner Börse Wochen siebenerster Erregung, wieder gab es „Kriegskurze“, die 4%igen Anteile gingen auf 77½ Proz. zurück, Bank- und Eisenbahnaaktien fielen um durchschnittlich 40 Proz. Aber auch hier folgte schon im September die Erholung. Die nächsten Jahre standen im Zeichen einer beißenden Aufwärtsbewegung, neue Banken und Aktiengesellschaften schossen unter dem Eindruck der „Gründerperiode“ wie Pilze aus der Erde; immer mehr wurde das Industrieaufstiegsgeschäft zum eigentlichen Mittelpunkt des Geschäfts. Der Zusammenschluss dieser willigen Spieler- und Gründerperiode vermochte die Berliner Börse wohl für längere Zeit in ihrer Geschäftstätigkeit einzuschränken, nicht aber — ebenso wenig wie später die börsenfeindliche Gesetzgebung — ihren dauernden Aufstieg zu hemmen.

Heute hat Berlin als Börsenplatz die älteren großen deutschen Börsen, Frankfurt a. M. und Hamburg — was den Wertpapierhandel betrifft — weit hinter sich gelassen und sich auch in zunehmendem Maße von den großen Weltbörsen in London, Paris und New York unabhängig gemacht. Das höhere Bild des Berliner Börsengeschäfts aber hat sich in den letzten 50 Jahren von Grund auf geändert. Die 4 bis 5 Jahre 1861 bestehenden größeren Aktienbanken hatten gegenüber den kapitalgewaltigen Privatbankhäusern wie Wendelssohn, Bleichröder, Warthauser und der großen Anzahl von mittleren sehr gutsiituierten Bankgeschäften mit großer Kundenschaft noch keinen irgendwie überragenden Einfluss. In den letzten Jahrzehnten hat sich jedoch das Blatt gedreht: Zunächst mehr bedeutende Aktienbanken entstanden, bestehende schlossen sich zu großen Gebilden zusammen, ein altes, privates Bankgeschäft nach dem andern wurde von den Aktienbanken aufgekauft oder durch ihre Konkurrenz — besonders unter der Herrschaft des alten, für den mittleren Bankierstand doppelt ungünstigen Börlengesetzes — ruiniert. Allein der Konzern der heute in Berlin ansässigen neuen Großbanken hat insgesamt circa 200 Privatbankgeschäfte aufgekauft. So ist denn heute der private Bankierstand an der Berliner Börse an Zahl und noch mehr an Bedeutung — von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen — stark zusammengekrumpt und die Banken befinden vollkommen den Markt. Und auch dadurch haben sie das Börsenbild verändert, doch sie einen bedeutenden Teil ihrer für die Kundenschaft absumpfenden Geschäfte gar nicht mehr an die Börse bringen, sondern diese, begünstigt durch die Menge der bei ihnen eingehenden Kauf- und Verkaufsaufträge in ihren eigenen Büros durch Austausch entsprechender Aufträge erledigen („komponieren“).

So ist die Berliner Börse, die jetzt nächst Paris die

bedeutendste Börse des Kontinents ist, nach außen hin in den 50 Jahren, in denen sie ihr neues Haus bewohnt, mächtig erstaunt. Womit eigentliches Wesen nach aber ist sie mehr und mehr aus einem Orte, wo das Zusammentreffen der Nachfrage mit dem Angebot eine unabhängige und naturgemäße Sturzbildung erzeugen soll, zu einem Spielball in der Hand der Großbanken geworden.

Reichsbank. In der am Montag abgehaltenen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank führte der Vizepräsident v. Glavinapp über auch hier folgte schon im September die Erholung. Die nächsten Jahre standen im Zeichen einer beißenden Aufwärtsbewegung, neue Banken und Aktiengesellschaften schossen unter dem Eindruck der „Gründerperiode“ wie Pilze aus der Erde; immer mehr wurde das Industrieaufstiegsgeschäft zum eigentlichen Mittelpunkt des Geschäfts. Der Zusammenschluss dieser willigen Spieler- und Gründerperiode vermochte die Berliner Börse wohl für längere Zeit in ihrer Geschäftstätigkeit einzuschränken, nicht aber — ebenso wenig wie später die börsenfeindliche Gesetzgebung — ihren dauernden Aufstieg zu hemmen.

Bank für Handel und Industrie (Bankhaus der Börsen). In der zu Berlin abgehaltenen Aufsichtssitzung wurde über den Abschluß des ersten Halbjahres berichtet, daß nach Mitteilung der Verwaltung, ein befriedigendes Ergebnis und insbesondere eine günstige Entwicklung des laufenden Geschäftes gezeigt.

Abschlüsse industrieller Gesellschaften. Die Nienburger Eisengießerei und Maschinenfabrik, die im Vorjahr 3 Prozent Dividende verteilt, ist diesmal nicht in der Lage, einen Gewinn zu verteilen. — Die Enallier- und Stanzwerke vom. Gebr. Ulrich in Wolfsmoor verteilen wieder 6 Prozent Dividende. — Das Eichener Walzwerk und Bergwerk in Creuzthal wird 11 Prozent Dividende verteilen.

Bayern und die Rheinschiffahrt. Zwischen der Bank für Handel und Industrie, Bilio München, die namens eines Konsortiums handelt, dem die Bayerische Bank angehört, und einer größeren Gruppe der Rheinschiffahrtsgesellschaften schwanken, wie verlaufen Verhandlungen. Sie beginnen, der Rhein-Balk. Bdg. folgt, die Schaffung einer Organisation, die für die Förderung der bayerischen Interessen an der Rheinschiffahrt und der Ausgestaltung des Mainverlaufs nach Vollendung der Mainsanierung bis Aschaffenburg tätig sein soll.

Börse. Da die Wiener Börse in lustloser und matter Haltung verkehrt hatte, eröffnete die Berliner Montagsbörse in abgeschwächter Haltung. Die unselige politische Situation hielt das Privatpublikum von einer regeren Beteiligung ab, so daß das geringe Geschäft sich fast ausschließlich unter der Berufspopulation abwickelt. Das einzige Papier, das im Terminhandel eine wesentliche Besserung des Kurses erzielte, waren die Aktien der in den letzten Tagen bereits fast gefüllten Russischen Kapital-Gesellschaft Nobel. Die Aktien werden seit der vergangenen Woche fast von russischer Seite gekauft, so daß in Berlin, wo nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Aktien der Gesellschaft zur Rote zugelassen ist, bereits Sättigung besteht, der denn auch Montag den Anstieg zu weiteren Kurssteigerungen ab. Bergwerksaktien waren durchweg im Kurie rüdigfähig, besonders Hirschkuhnen, Deutsch-Eugenburger und Pöhlitz liegen niedriger. Bankenaktien waren ebenfalls zu etwas niedrigeren Kursen angeboten. Elektroglühlampen leicht abgeschrägt. Türkensie verlor 2½ M. Der Privatdiskont notierte für langfristige Wechsel 5 Prozent und für kurzfristige 5½ Prozent.

Total-Ausverkauf

Meine grossen Lagerbestände moderner Wanduhren in meinen separaten Ausstellungsräumen müssen vor meinem demnächstigen Umzug nach Seestraße 1

vollständig geräumt

sein. Da der Ausverkauf nur noch kurze Zeit dauert, habe ich grosse Preisermäßigung ~~um~~ zum Teil bis 50 Proz. Rabatt ~~um~~ eintreten lassen, so dass jeder seinen eventuellen späteren Bedarf schon jetzt decken sollte.

Es kommen nur moderne, erstklassige Fabrikate zum Verkauf.

Denkbar günstigste Kaufgelegenheit
wirklich solider Uhren

Treppenhauer
3 Altmarkt 3
im Hause des Café Central

Mit Gongschlag nur 16⁵⁰



Mit Gongschlag 3 geschl. Scheiben 25⁵⁰

Wahlbewegung im 4. Kreise.

Niederschlesia. Am Mittwoch fand im Deutschen Kino eine Wahl- und Wählerverksammlung statt, in der Vertreter des abgeordneten Deutschen Flechner referierte. Eingehend erläuterte er in seinen Ausführungen das Programm unserer Partei, betonend, daß es nicht eine einzige Partei gibt, die mit so stark umstrittenem Programm jederzeit in den Wahlkampf zieht. Die Auseinandersetzungen waren ein Auflösungsworttag, wie man ihn selten hört, doch kam auch dabei die schändige Verleumdungsmerke des Gegners nicht zu kurz weg. Ein buntfarbenes Blatt war zu hören, als der Referent die Stelle aus dem legenden Hartmannschen Blattblatt erwähnte, wo der Wörter des Oberstleutnants Auguste Schulte als Wörter seiner Tochter hingestellt sind. Natürlich ließ dann eine Partei nicht mehr hin, als wenn sie Idiot zu solchen Witzeln aufzunehmen wünscht. Der Referent wußt ferner auf die steigenden Kosten hin, die dem Volke auferlegt werden, während man es sozialpolitisch zurückzubringen sucht. Mit der dringenden Aufrufung am 10. Oktober nur die Stimme für den Volksfreund Wilhelm Bud abzugeben, stand die Versammlung ihr Ende.

n. Ottendorf-Okrilla. Eine Plenarie ersten Ranges hielten sich die konservativen Druckzieher am Sonnabend den 27. September in Ottendorf-Okrilla. Auf großen ganzen Bogen umfassenden Blättern wurde für eine konservative Versammlung für Sonnabend abend, in der der Landesdirektor Fröhliche sprechen sollte, Plakate gemacht. Der größte Saal der Umgebung war ausverkauft. Um 8 Uhr sollte das Theater beginnen. Vor dem Theater wurde von unseren Venofos ein Handzettel vertrieben, dessen Inhalt die konservativen Feindschaft und die Arbeit ersucht wurden, die Herren allein zu lassen. Es wurde 8½ Uhr, da sah ein Männlein im Saale. Bis um 9 Uhr hatte man nun ganze 21 Personen in dem Saale, die gegen 700 Personen sah, zusammengetrommelt. Ausnahmsweise hielt Herr Fröhlich vor den paar Männlein und den vielen leeren Stühlen seinen Vortrag. Nach 10 Uhr verschwanden die konservativen Werber wie die gespenstigen Bude. Unter der übrigen Bevölkerung herrschte über dem Heimfall der Reaktionäre die größte Heiterkeit.

n. Bezirk Ottendorf-Weigsdorf. In der letzten Woche fanden im Bezirk vier sozialdemokratische Versammlungen statt. Am Sonnabend den 21. September sprach Genosse Gräppl in Sada und Landtagsabgeordneter Winkler in Medingen. Am Donnerstag den 25. und Freitag den 26. September sprach der Reichstagsabgeordnete des 4. Kreises, Genosse Bud, und am 26. im Kreisamt und am 27. September in Groß-Dittmannsdorf. Alle Versammlungen, die auf die in Sada, hatten einen guten Besuch zu verzeichnen, überall herrschte begeisterte Stimmung.

Königsbrück, 27. September. Wie wir am 10. Oktober d. J. berichtende Reichstagswahl ist Königsbrück in zwei Wahlbezirke eingeteilt worden. Es gehören zum ersten Bezirk: Königstraße, Mittelstraße, Schloßstraße, Markt, Marktgäßchen, Rathausgäßchen, Dresdner Straße, Weg nach dem Ausgang, Georgiusdorfer Straße, Höhendorfer Straße, Bahnhofstraße, Paradiesstraße, Großenhainer Straße, Wurtschützstraße, Hintere Höhe, Fleichweg, Wolfstraße, Weg zur der Kliniken, Hohlbogen, Steinborner Straße, von der Kunsthochschule an, Grünebachstraße und Gutsbezirk (Schloßbezirk) Königsbrück. Zum zweiten Bezirk gehören: Hochofenstraße, Königstraße, Bergstraße (vom kleinen Grundstück an bis zum Steinkuhndamm), Weißbader Straße, Hobenthalstraße, Weidweg, Ritterstraße, Schulplatz, Großenhainer Weg, Gartenstraße, Wilmstraße, Augusten-, Luisenstraße, Löpermarkt, Gutsbezirk Truppenübungsplatz Königsbrück.

Bestimmt hat als Wahllokal für den ersten Bezirk die Saalfürst des Rathauses, für den zweiten Bezirk: die Weinstraße des Restaurants „Zum Heinrich“.

Wählerversammlung in Dorfamt Witten. Zur Wahlschließung fand am 28. September eine leider nur wenig besuchte Versammlung statt. Genosse Gräppl ging in seinem beißig aufgenommenen Referat davon aus, daß man auch in diesem verhältnismäßig schweren Kreise in der Propaganda für unsere Sache nicht erschrecken dürfe, da gerade in Witten der Boden am fruchtbarsten sei. In seinen weiteren Ausführungen gab er einige Erläuterungen zu unserem Programm und nahm das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Reichstag einmal unter die scharfe Lupe. Er schloß mit einem fröhlichen Appell, am Wahltag dem Genossen Wilhelm Bud die Stimme zu geben. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Genosse Klein verglich in seinen Worten die überlieferten Parteien von heute mit ihrer Schreibweise von 1848. Mit einigen ansehnlichen Worten zu reicher Mitarbeit erfolgte der Schluss der Versammlung.

Wählerversammlung in Nabit. Eine gut besuchte Wählerversammlung fand am 28. September im Gasthof „Wittelsbach“ statt. In seinem Referat ging Genosse Gräppl zunächst auf die einseitige Propagierung der konservativen Partei ein, von der alle verantwortlichen Posten besetzt werden. Gleichwohl führen die konservativen den Wahlkampf mit den niedrigsten Werten. Verleumdung und Verdeckung sprechen aus ihren Blättern. Oft von Zustimmung unterbrochen, belehrte der Referent die Mittelstands- und Arbeitervriendlichkeit dieser Reaktionäre. Immer wieder wird von ihnen der Versuch gemacht, Aufnahmeverbot gegen die austreibende Arbeiterklasse durchzuführen. Die Freikämpfer sind auch nicht die Partei, die eine ernsthafte Opposition gegen die konservative Richtpolitik wagen. Sie sind schwankend und höchst unzuverlässig, wenn es gilt, die Volksrechte zu wahren und zu erweitern. Deshalb ist es Pflicht eines jeden, und auch Pflicht der Frauen, in den wenigen Tagen, die uns noch von der Wahl trennen, aufzuklären zu versuchen, damit am 10. Oktober unser Genosse Wilhelm Bud mit erdrückender Mehrheit aus der Urne hervorgehe. Der traurige Pfeß beweist, daß der Niederer den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hätte.

Gerichtszeitung.

Schöffengericht.

Die Abrechnung der Beamten

in Leipzig fand ein Nachspiel vor dem hiesigen Schöffengericht. Es lagte als Vertreter des Deutschen Beamtenvereins der Bankbeamte Altenbergsberg gegen den Bankbeamten Müller wegen Beleidigung. Müller war Vorstandmitglied des Allgemeinen Vereins der deutschen Bankbeamten. Die Beleidigungen wurden besonders in dem Vorwurf der Doppelzüngigkeit erachtet, der in einer Versammlung in Düsseldorf von Müller erhoben werden soll. Ferner wurde in einem von Müller herausgegebenen Blatt Altenbergsberg der Vorwurf gemacht, er habe seine Kollegen den Direktoren gegenüber verraten und verlaufen. Den ersten Vorwurf bestreitet Müller, es könne sich lediglich um eine rednerische Entgleisung handeln. Der zweite Vorwurf enthalte lediglich die Beurteilung von Tatsachen, deren Kenntnis er den Mittelbeamten Altenbergsberg selbst verdanke. Danach habe dieser den Kollegen die Verpflichtung abgenommen, nicht mehr für den Verband zu agitieren. Jetzt könne er diese Art allerding nicht mehr aufrecht erhalten, da er durch Beleidigung der gemahnten Kollegen festgestellt habe, daß Altenbergsberg nicht schlechthin eine Agitation für den Verband verworfen habe, sondern nur die Agitation in der Bank. Die Gegner schließen deshalb einen Vergleich, wonach Müller seine Beleidigungen zurücknimmt und die Kosten trägt.

Verleugnung des Briefgeheimnisses.

Doch es eine Verleugnung des Briefgeheimnisses zwischen Ehemann und Ehefrau gibt, darüber den wenigsten Leuten bekannt sein. Endlich kennt das bürgerliche Gesetz in bezug auf Ehegatten keine Ausnahme. Meist wird jedoch eine Verurteilung eines Ehegatten nicht erfolgen können, weil er bei der Offnung eines für den andern bestimmten Briefes dessen Einverständnis voraussetzen

muss. Das ändert sich jedoch, wenn sich die Ehegatten entweder haben, wie eine Verhandlung gegen den Schneider Philipp Reich zeigt. Der Angeklagte hatte einen Strafbefehl über 10 M. erhalten, weil er einen an seine Frau getrennt lebende Ehefrau geschrieben Brief öffnete und las und ihn dann durch eine dritte Person zustellen ließ. Er war zu ihren Dienstleistungen gekommen, um Material für den Geschäftsbetrieb zu holen, wobei er den Brief vorsah. Er hatte seine Frau im Verdacht des Ehebruchs. Das Gericht erkannte ihn zwar abwehrlos als Vorgesetzten verwendete und entschuldigte, als das Verfahren wegen Betriebs gegen ihn schwebte. Nachdem ihm das Oberstiegsgericht wegen Betriebs verurteilte, konnte er sich auch als Soldatenzeugen nicht mehr halten und mußte gehen. Mit der Schauspielerin und Vorgesetztenfreiheit war's nun zu Ende, aber etwas halte er doch gelernt — das Reisen; also ging er als Reiseführer. Da M. aber eine besondere Vorliebe für das weibliche Geschlecht hatte, langten seine Eindrücke nicht hin und nicht der Untergesetzgebung solcher Erfahrungen erlangte er von einem wohlhabenden Herrn 600 M. die er heute noch zurückzahlt soll. Nun wurde er zum zweitenmal wegen Betriebs bestraft, diesmal mit 5 Wochen Gefängnis, die er auch verbüßt. Am Anfang an diese Verurteilung wurde das Plakatverfahren eingeleitet, weil man eine Entfernung aus dem Unteroffizierkorps für geboten erachtete. Das Ortsgericht hielt M. nicht mehr würdig, Vorgesetzter zu sein, und degradierte ihn.

Militärgericht.

Eine beweiste Raubfahrt.

Der ehemalige Schauspieler und Unteroffizier d. R. Georg Mehlke trat als Dienstbeamter im Jahre 1908 beim heiligen Gardekorps ein und ging noch beiderlei dreijähriger Dienstzeit in Meierei. Er fand sich offenbar nicht recht fort, trat wieder bei den Gardeleitern ein, kapitulierte und wurde bald danach Unteroffizier. Danach bewarb er sich um eine Schauspielerin. Die Polizeidirektion Leipzig stellte ihn ein, machte jedoch schlechte Erfahrungen mit diesem Beamten. Es ließen allerlei Beschwerden über ihn ein und bald und degradierte ihn.

Reisewitzer Bock gelangt zum Ausstoss!

Stöttinger Holzbildbauer
jeden Tag sofort [A 425]
Freiberger Möbelfabrik
Freiberg i. S., Bertholdsdorfer Str. 88.

Leib-Binden
Monatsgürtel, Spritzen
nur Wallstr. 4

Herren-Wäsche
Krawatten, Blaue Anzüge
faust man am billigen bei
E. Köhler, Antillen

Kokos-Flocken
Selbmanns Filialen
Sofabezüge

Reiser, spottbillig. [A 105]
Starer, Grunaer Str. 22, I.
Kühmaschine, tabellös ab 1 Volt.
Gardinen (postif., Blumenrahmen, 90,
Kinderzähne, 70 fl.). Kostüm 5. I.
2 Liebeszieher, schwarz-Blau
bill. zu berl. Steinsack, Kettchen zu 25.

Bolero

[A 105] Die
neue Form!



Die Modefarben sind: Grün, blau, marengo.

Marke „Fortschritt“ . Mk. 2.80
Marke „Luxopol“ Mk. 3.50
Marke „Primax“ Mk. 4.00

Italien. Haarfilzhut, erstklassiges Mk. 7.50

Straßburger Hut-Bazar

Wettinerstraße, Ecke Zwingerstr.
Hauptstraße 2, Ecke Markt

Dresdens grösstes Hutgeschäft.

Sparkasse Niedersedlitz

3½ % geführt auf Einlagen
bet. tägl. Zinsberechnung.
Geschäftsstelle: Rathaus Niedersedlitz, Zimmer 3.
Geschäftszeit: 8—1, 8—5 Uhr, an den Tagen vor Sonn-
und Festtagen von 8—8 Uhr ununterbrochen. [L 1145]

Englisch und Französisch

Beginn neuer Kurse Anfang Oktober
Helene Reichelt, Luisenstraße 22, 3.

Wir machen unsere gebräuchlichen Wörterbucher auf den der heutigen Gesamtansicht beiliegenden Gespalt des alten Kommunierten Gesamt-
buches Gebrüder Alsborg, Dresden-L., Wildensteiner Straße,
hierdurch noch besonders ansehnlich.
Für unsere westen Wörterbücher von Fleischen, Trachtenberge
und Wilder Mann liegt unserer heutigen Nummer ein Gespalt der
sieme Edmund Weigel, Eisenhandlung, Gesamtansicht
Ostpreß 177, tel. 111. Wir bitten, dieses zur Kenntnis zu nehmen.

Reizende Kinder-Kleidchen

für 1 bis 7 Jahre

1.10 bis 1.95 M.

Kinder-Unteranzüge

mit angeweb. Futter

60 cm 100 cm

85 fl. 1.35 M. [A 105]

C. J. Niemann
Nur Webergasse 20
Gegenüber der Bärenschänke

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Gewerkschaftspresse zum Parteitag.

Die Gewerkschaftspresse ist, soweit sie Stellung genommen hat, dem Verlauf des Parteitages sehr befriedigt. So scheint das

„Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag in Jena hat gute Arbeit geleistet und ganz wesentlich zur Stärkung der Partei und zur Festigung ihrer Position beigetragen. Dieses Ergebnis ist um so erstaunlicher, als nicht wenige der Gegner der Sozialdemokratie diesem Parteitag mit kalten Hosenjahren entgegengestanden waren.“ August Bebel, den inneren Erfolg und aus dem Meisterwerken verschiedenheiten über die Wehrkraut und über den Meisterwerken eine müste Rappalager. Zu beiden ist es nicht gekommen, obwohl es am Kämpfen und Kämpfen zwischen den beiden Richtungen innerhalb der Partei auf der Jenaer Tagung nicht geglückt ist. Es ist nichts verloren worden, um etwa der Welt das Schauspiel einer schönen Einigkeit vorzutäuschen, die Gegenübere sind verdeckt erneut und fachlich aufgetragen und die Stellung der Partei ist auf Jahre hinaus bestätigt worden.“

Der Parteitag ist von einem Teil der bürgerlichen Presse als ein großer Sieg des Revisionismus in der Partei gewertet und dementsprechend teils mit Jubelstimmen begrüßt und teils als besonders gefährlich charakterisiert worden. Wie vermögen diesen Auffassungen nicht zu folgen und können einen großen Unterschied des sogenannten Revisionismus in seinen Verhandlungen und Beschlüssen nicht entdecken. Ein anderer und noch rechts, eine deutliche Abfrage an den Gegenstand des Revisionismus, an den Superrevisionismus oder Putschismus, wie er verschiedenartig bezeichnet wurde, ist ja nicht zu verfechten. Diese Kreise, die mancherorts das Verhandlungsschießen der Partei in allzu aufdringlicher Weise beeinflussen, sind heute ziemlich isoliert worden. Gestern hat in Jena der nach allezeit gesunde Stamm der Partei, der der ewigen Prinzipienequilibrium mündet und den großen Einfluss der Arbeiterbewegung in reale Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Volksmassen einzuführen bestrebt ist. Woge dieser Sieg der gesunden Vernunft ein noch starker bleibt.

Die Holzarbeiter-Zeitung urteilt am Schlusse ihrer Berichterstattung der Ergebnisse des Parteitages:

„Leiderlich man die Verhandlungen des Parteitages, so wird man mit seinen Leistungen im ganzen zufrieden sein können. Es werden zum Teil schwere Diskussionen gepflogen, das ist aber an sich kein Fehler. Der Zweck der Verhandlungen ist es, durch einen Meinungs austausch zur Klarheit zu kommen. Wenn Temperaturen dabei einmal in der Höhe des Gefechts über die Stränge laufen, dann ist das nicht tragisch zu nehmen. Die Partei ist eben kein militärisches Kränchen.“

Zum Schlus sei noch ein bemerkenswertes Moment erwähnt: die Grenze zwischen den Richtungen in der Partei beginnen sich abzuzeichnen. Das konnte man schon auf dem vorigen Parteitag bemerkt und in Jena trat es noch deutlicher in Erscheinung. Bei den wichtigen Abstimmungen gruppieren sich nicht mehr in dem Maße, wie es früher war, auf der einen Seite die „Reaktionen“, auf der anderen Seite die „Revisionisten“. Wir halten das für einen Gewinn. Das Vorhaben verschiedener Reaktionen ist in einer großen Partei wie der sozialdemokratischen unvermeidlich. Ein Fehler ist es aber, wenn die Stellungnahme zu den verschiedenen Fragen der Angehörigkeit der Parteimitglieder zu den eingehenden Abstimmungen abhängt gemacht wird. Der einzelne muss seinen Willen freihalten, dann ergeben sich ganz von selbst bei den verschiedenen Fragen verschiedene Gruppierungen, und das ist dem Geist der Zusammengehörigkeit zu der einheitlichen Sozialdemokratie förderlich.“

Metallarbeiter-Zeitung

Die Gegner versuchten, nachdem ihre Wünsche nach Selbstbestimmung der sozialdemokratischen Partei auf diesem Parteitag nicht in Erfüllung gegangen sind, die Bedeutung des Parteitages zu verkleinern. Wie kann so oft begehen sie damit Selbstbestimmung. Die Annahme des Parteitages zur Steuerfrage war sehr wichtig, nicht weniger als zum Rosenkrieg. Der Parteitag zeigte, daß es nicht mehr die zum Rosenkrieg. Der Parteitag zeigte, daß es eine Bedeutung durch die bei einigen befreite Spieldrei mit dem Rosenkriegsbedenken herabgesetzt werde. Das Protokoll über die Verhandlungen dieses Parteitages wird für jung und alt eine Quelle der Belohnung über verschiedene, die die Arbeiterschaft sehr wichtige Dinge sein. Nehmen wir noch die energische und sorgfältige Aktion für die Arbeitslosenversicherung hinzug, so hat dieser Parteitag wieder einmal gezeigt, daß nur die sozialdemokratische Partei unter allen politischen Parteien die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Das deutsche Proletariat hat Gründe, ihr handeln zu feiern, sich für angemessene und ihre zu folgen, zunächst, wenn es gilt, der Oeffentlichkeit zu zeigen, daß die Arbeiterschaft die schlimmste Folge der Kapitalistischen Produktionsweise, die Arbeitslosigkeit, nicht mehr allein auf sich nehmen will, sondern daß auch die Klasse der Ausbeuter ebenfalls einen Teil davon tragen soll. Wollen auch unsere Verbandskollegen dann gut stehen.“

Das Gewerkschaftsorgan der Zöpfer wendet sich besonders gegen die von einzelnen Rednern auf dem Parteitag beliebte Geringstzung der Organisation:

„Auch müssen wir uns wenden gegen die geringstzende Auffassung einzelner auf dem Parteitag über den Wert der Organisation. Eine sonst gesuchte Rednerin sprach sogar von einem „Blatt Papier“, eine andere von dem „Mitgliedsbüchlein“, das „nur“ die Unorganisierten von den Organisierten trenne.“

Von der Mindesteinrichtung des Wertes der Organisation bis zum wildesten Individualistischen Putschismus und zur planlosen Revolutionärsarbeit beharrt es nur noch weniger Schritte; ganz abgesehen davon, daß es als übels Beispiel wirken kann, wenn die sozialdemokratische Organisation als etwas mehr Nebensächliches hingestellt wird.“

Vokale.

Eine Petition für den freien Sonnabend-Nachmittag.

Seit einigen Jahren beschäftigt sich die deutsche Textilarbeiterchaft mit der Frage des freien Sonnabend-Nachmittags. Versammlungen und Tagungskonferenzen sowie auch der Verbandsitag in Stuttgart haben die Forderung erhoben und in zahlreichen Abreden wurde der freie Sonnabend-Nachmittag von den Unternehmern gefordert. Mindestens 70 000 deutsche Textilarbeiterinnen und Arbeitnehmer sind heute bereits von der Sonnabend-Nachmittagsarbeit befreit.

In den nächsten Wochen wird nun der Textilarbeiterverband die gesamte Textilarbeiterchaft Deutschlands aufrufen, Stellung zu der Frage zu nehmen durch Unterzeichnung einer an den Reichstag zu richten Petition.

Für die Textilarbeiterin hat der freie Sonnabend-Nachmittag eine höhere Bedeutung als für die anderen Industrien. Die ausgedehnte Arbeitsteilung in den Betrieben in Verbindung mit einer noch vor wenigen Jahren nicht geahnten Entwicklung der Technik ermöglichen immer mehr die Beweisung der weiblichen Arbeitskraft. Die Frau verträgt im Betriebe den Mann. Im Jahre 1875 stellte das männliche Geschlecht noch 60 Proz. der Beschäftigten, 1907 nur noch 48 Proz. Seitdem ist der Prozentfuß weiter zurückgegangen. Die Verdüsterung des Kampfes ums Leben sowie die Steigerung der Bedürfnisse nötigen auch die verheirateten Frauen des Proletariats immer mehr zur Mitarbeit. In der eigentlichen Industrie, ausschließlich Handel und Verkehr, wurden 1907 im ganzen 278 357 verheiratete Frauen innerhalb der

Betriebswerkstätten beschäftigt, davon in der Textilindustrie allein 113 915 gegen nur 50 000 im Jahre 1882. Dazu kommen noch Tausende verheiratet gewesene — verwitwete oder geschiedene — Arbeitnehmerinnen.

Die starke Herausziehung der Frau in die Fabrik schädigt die Frauen in ungemein hohem Maße. Die Gefundheit der Arbeitnehmerinnen leidet außerordentlich. Die alte bürgerliche Familie löst sich auf. Der Anteil schwand, die Form aber bleibt. Arbeit in der Fabrik bedeutet deshalb für die Arbeitnehmerin doppelte Belastung. Neben der Fabrikarbeit geht es für sie, die Arbeit des Hauses zu befreien und in der Mehrzahl der Fälle abends und des Nachts die Kinder zu hüten. Alle Verpflichtungen, die die wohlhabende Frau den Dienstboten und sonstigen Personen zu übertragen insiste, müssen von der verheirateten Arbeitnehmerin übernehmen. Ihre Berufsfähigkeit geht verloren. Von Erholung ist keine Rede. Das Verbot der Arbeit der verheirateten Textilarbeiterin am Sonnabend-Nachmittag würde demnach auch der Arbeitnehmerin den freien Sonnabend-Nachmittag und damit die Sonntagsruhe sichern.

Die hohe Zeuglingsförderlichkeit, wie sie in den Textilfabriken beobachtet wird, die Vermehrung der Stillfähigkeit und Stillmöglichkeit seitens der Textilarbeiterinnen hängt zweifellos mit den geißelnden Erfordernissen zusammen. Dazu kommen noch andere Schäden. Das kinderlose Hausmutter der Arbeitnehmerin und der arbeitenden Jugend in das Erwachsenenalter nimmt den bevorzugenden Platz der Mütter aus. Sie unter Anleitung der Mutter vorzubereiten auf die ihrer im Haushalt später horrende Aufgaben der Verpflegung des Haushalts. Unmittelbar nach der Schulentlassung kommt das Mädchen in die Fabrik und von früh bis abends wird es dort untergehalten. Das Verbot der Arbeit am Sonnabend-Nachmittag würde der Mutter ermöglichen, ihre Tochter zur Ruhewelt im Haushalt heranzuführen; so würde in etwa dem Maße abgehalten. All diese Nebenschäden treten in den Textilarbeiterinnen in ganz besonders schwerer und langanhaltender Weise auf. Die eigentlichen Textilarbeiterinnen — Klein- und Mittelfabrik — haben zufolge der Textilindustrie in der Regel andere Industrien nicht, aber nur sehr spärlich aufzuweisen. Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen bilden die große Mehrzahl der Bevölkerung der in Frage kommenden Orte. Die Schäden, die aus der Mütterlichkeit der Frau in der Arbeit entstehen, müssen deshalb hier doppelt schwer empfunden werden und große soziale Schäden nach sich ziehen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband erfüllt deshalb eine soziale Pflicht, wenn er den gesamten Textilarbeiterhaushalt Deutschlands die Förderung des freien Sonnabend-Nachmittags unterbreitet und sie aufzufordert, diese Forderung auch an der eigenen zu machen. Wegen die Forderung in gleicher Weise sich ihrer nationalen Pflichten bewusst sein. Vermehrte sei noch, daß in der Textilindustrie Englands durch Gesetz seit dem Jahre 1874 der freie Sonnabend-Nachmittag festgelegt ist.

Anfang Oktober werden die Vertrauensleute des Deutschen Textilarbeiterverbandes mit der Sammlung von Unterschriften für diese Petition beginnen. Wir eruchen alle Textilarbeiter, besonders aber die Arbeitnehmerinnen, ihre Namen auf die Petitionsbogen zu schreiben. Auch die Nichtorganisierten sollen zur Unterschrift veranlaßt werden.

Deutscher Textilarbeiterverband, Filiale Dresden und Umgegend.

Aus der Umgebung.

Zum Streit der Welpenpferderbst von São Paulo in Gittersee

ist folgendes zu berichten:

Die Firma schenkt keine Geldpreise, um Arbeitswillige zu bekommen, denn in verschiedenen bürgerlichen Zeitungen, auch außerhalb Dresdens, sind grobe Annoncen hoher und geheimer Verdienst an. Auch Dresdner Arbeitsmarktwesen wollen diese Annoncen nicht mehr haben und möchten keinen Verdienst an. Tatsächlich wird den Bewerbern mehr versprochen, als die Stellen selbst verlangen. Hieraus ist ersichtlich, daß die Firma doch inständig ist, höhere Löhne zu zahlen.

Allerdings hat die Firma bis jetzt wenig Glück gehabt, denn nochmals die herangeführten Ausschläge erhalten haben, verlassen sie baldigst diese Stadt. Neben dem Gespräch kann aus Deutzen berichtet ein Arbeiterhäuser aus Gittersee Arbeitswilligendienste. Sogar ein achtjähriges Kind mag mit einspringen.

Um die „Ruhe und Ordnung“ aufrecht zu erhalten, melden ein Gebrauch sowie dem Gemeindebeamten von Gittersee von früh 5½ Uhr bis abends 6 Uhr ihren Amtes. Dem Gemeindebeamten scheint es nicht einmal möglich zu sein, seine Pflichten zu tun eingunnehmen, denn seine Frau verfolgt ihn damit an seiner „Arbeitsstätte“.

Verband der Fabrikarbeiter. Jahrestelle 11. Grund.

Literatur.

Hochblatt für Holzarbeiter. Heft 9 des achten Jahrgangs, September 1913. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin.

Das September-Hochblatt ist in seinen bildlichen Darstellungen ausschließlich dem im Juni bezogenen neuen Verbandshaus der Holzarbeiter gewidmet. Eine Außenansicht zeigt die Ver-

ansicht mit ihrem Kaffteinhof neben den Ecken der Wohnungen und den gleichen Dachgiebeln. Die weiteren Abbildungen führen durch die Treppenhäuser in den Sitzungssaal, das Bureau des Berliner Fabrikanten und schließlich in die Verbandsräume. Dabei werden immer die schönen Holzarbeiten in den Verberggrund gerückt, die überall breite für die Eigenart des Erbauers sprechen. Im Text wird außer dem Hause noch die Genter Wettkampfung und die Anwendung des Mar-

ketts im Innenausbau besprochen.

Das Hochblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 M. pro Werkstatt bei allen Holzarbeiter- und den Verbindungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu bekommen, sowie bei der Expedition, Berlin 80, 16, Am Südwiesen Park 2. Einzelhefte werden zu 50 Pf. abgegeben.

Victoria-Salon

Des Amerikaners Mr. Nibbles drei Sprachen (deutsch, französisch und englisch) sprechende Wunder-Papageien und das grosse September-Programm.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr und 8 Uhr.

Theater-Tunnel Künstler-Ensemble „Schall“. Anfang 1/2, Sonntags 5 Uhr.

Bericht über den Schlachtwiehmarkt

am 29. September 1913 zu Dresden.

Schlachtwieh- mutter und Auftrieb	Wertklassen	Marktpreis für 50 kg feste / Stück- Gewicht
I. Kinder A. Küken 202	1. Vollfleischige, ausgemästete höhle, Schlachtwertes bis zu sechs Jahren 2. Jungfleischige, nicht ausgemästete ältere ausgemästete 3. Möhig genährte junge — mitge- nährte ältere	51—51 57—59
B. Küken 206	4. Gering genährte jenen Alters 5. Vollfleischige, ausgewachsene, höchste Schlachtwertes 6. Möhig genährte jüngere und gut genährte ältere	51—53 52—54 58—60
C. Küken u. Hühnchen 234	7. Möhig genährte ausgemästete Küken und gut entwickelte jüngere Küken und Hühnchen 8. Küken ausgemästete Küken und gut entwickelte jüngere Küken und Hühnchen 9. Kühen genährte Kühe und möhig genährte Kühen 10. Möhig und gering genährte Kühe und gering genährte Kühen	52—54 53—55 56—58
D. Küffer —	11. Gering genährte Jungkühe im Alter von 8 Monaten bis zu 1 Jahr	— —
II. Küffer 253	1. Doppelleber 2. Beste Mutter und Saugfäßler	85—90 115—120
III. Schafe 1142	3. Mittlere Mutter, gute Saugfäßler 4. Geringe Küffer 5. Waschlämmer u. jüng. Waschlammel 6. Mittlere Waschlammel 7. Möhig genährte Hammel und Schafe (Mergschafe)	60—62 108—113 53—57 57—60 50—52 101—102 43—47 58—64
IV. Schweine 2779	8. Vollfleischige der kleineren Rassen und der Kreuzungen im Alter bis 1½ Jahr 9. Fettswine 10. Fleischige 11. Gering entwickelte 12. Schau und Eber	60—61 79—80 60—61 79—80 58—59 78—79 56—57 75—77 53—57 71—73

Gesamtauftrieb: 4876 Tiere. Kaufpreise über Roti. —

Geißläufigang: Bei Kühen, Küllen, Külbchen und Kühen mittel, bei Külbchen, Schafen und Schweinen langsam. Von dem Auftrieb sind 19 Künder und 50 Schafe österreichisch-ungarischer Herkunft. Über-

stamm: Künder 6 (2 Kühen, 4 Küllen), Schafe 76, Schweine 98.

J. laufe glücklich aus Reise-
fotokarten:

Ulster Anzüge Hosen

welche ich zu Sportpreisen
abgabe.

Günstige Gelegenheit.

J. Heim
Leipziger Straße 87
Dresden - Pleichow.

Gardinen

Reihe von 1—5 Fenstern, spottbillig
Congress, 8 m. 90 Pf.

Starer, Gruner Str. 22, I.

Einige wenig gebrauchte
Nähmaschinen

billig abzugeben [L 177]

Struvestr. 9 (Laden)



Die neue 3 Pfennig
QUALITÄTS
CIGARETTE
mit Goldmundst. mit Hohlmundst. flach

Mittwoch
bis
Sonnabend

Messow & Waldschmidt

Der große Quartals-Verkauf

Wilsdruffer
Strasse II/13

Die während des Quartals-Verkaufs gekauften Waren werden bereitwillig bis nach dem Umzug bei uns aufbewahrt.

1 Kisten-Quantum
Künstler-Gardinen
regul. Verkaufspreis 9.75.
Serie I jed. Garn. 3.25
Serie II jed. Garn. 4.50
Serie III jed. Garn. 6.50

Enormer Posten
abgepackte Viträgen
reiche Spezialarbeit mit
Patentverschluß. Fenster jetzt 2.95, 2.65, 1.95

Gardinen, unsere bekannte Spezialität!
Künstler-Gardinen, Stoffig, Garnitur 11.00, 8.50, 5.90, 4.75
Künstler-Tüll, Spannstoff Meter 1.20, 95, 68, 48 pf.
Tüll-Gardinen, breit, vom Stoff Meter 1.10, 88, 60, 34 pf.
Engl. Tüll-Stores, moderne Deftig Stoff 5.90, 3.65, 2.85, 1.95
Erbstüll-Stores mit Volant Stoff 8.50, 7.25, 5.95, 4.50
Köper-Viträgen, beflockt Fenster 4.50, 3.90, 2.80, 2.25
Viträgen-Stoffe, weiß, creme und gold Meter 98, 82, 68, 45 pf.

Portieren, 2 Schals Lambrequin
Filztuch-Dekorationen für Türen und Fenster Stoff 7.75, 5.90, 3.90
Plüschtuch-Dekorationen für Türen und Fenster Stoff 12.75, 8.90, 6.75
Kochelleinen-Dekorationen für Türen u. Fenster Stoff 11.50, 6.90, 4.80

Ein großer Posten **Inlaid-Linoleum-Teppiche**
durchgehende Gardinen und Rüscher, regulärer Wert 24.75 Extratreis 17.50

Eisenbettstelle
für Erwachsene, zusammenlegbar, mit Sandbeinen 6.90

Fertige Bettbezüge aus weichem Satin oder buntem Webzeug 2.90
Fertige Bezüge aus Ja Stangenleinen Kissen dazu passend 95 pf. 3.90
Fertige Betttücher in solidem Toweling Größe 150/200 cm 1.65
Fertige Betttücher in vorzüglichem Halbtoweling Größe 140/225 cm 2.25

Lebensmittel

Unsere bekannt billigen Schul-Artikel
Diarien, Hartlein-
buch, 140 S., liniert, farciert u. glatt, Stoff 22 pf.
Diarien, Hartlein-
buch, 96 S., liniert, farciert u. glatt, Stoff 16 pf.
Diarien, 160 S., Stoff 35 pf.
Wachstuchhefte liniert, farciert u. glatt Stoff 45, 35 und 24 pf.
Kolleg-Hefte Wachstuch, Stoff 28 u. 24 pf.

Reisszwecken . . . Gros 12 pf.
Zeichenhefte Stoff 9 pf.
Zeichenblocks Stoff 10 pf.
Lineale, Stoff 10, 15, 10, 5 pf.
Reißschnüre, Stoff 40, 42 pf.
Winkel, Stoff 15, 10, 7 pf.
Skizzenblocks, Stoff 10 pf.
Notes . . . Stoff 10, 15, 10 pf.
Lederetuis mit Innentasche 40 pf.

Große Quantitäten
verschriftkundige Schulhefte, Stoff 7, Dopp. 75 pf.

